

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 26.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 1. Juli 1911.

Redakteur: A. Gentmann, Düsseldorf, Corneliustra. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1910

wird in Nummer 13 des „Zentralblattes“ vom Generalsekretariat erstattet. In dem einleitenden grundsätzlichen Teile werden einige besonders wichtige gewerkschaftliche Vorkommnisse des Berichtsjahres kurz besprochen und für die Arbeiterenschaft bewertet. So steht dieser Teil des Berichtes die große Bewegung der Bauarbeiter und der Werftarbeiter nebst ihren Begleiterscheinungen wieder auf und knüpft daran eine kurze Bewertung der gewerkschaftlichen Machtverhältnisse. Ferner werden die verschiedensten Bestrebungen, die auf eine gesetzliche Beschränkung der gewerkschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten hinauslaufen, besprochen, ferner einige Vorkommnisse im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager, die verschiedenartige Bewertung der Tarifverträge, das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu den kath. Fachabteilungen u. zu den konfessionellen Arbeitervereinen usw. Dieser Teil des Berichts schließt mit einer kurzen Betrachtung der Ruhrbergarbeiterbewegung. Wir werden auf diese Dinge in der nächsten Nummer ausführlich zu sprechen kommen.

Die Mitgliederverhältnisse.

Mit berechtigtem Stolz kann der Bericht die Tatsache feststellen, daß „die verschiedensten Anfeindungen, denen die christlichen Gewerkschaften in 1910 ausgesetzt waren, deren Entwicklung und das Vertrauen der christlichen Arbeiter zu ihnen nicht zu beeinträchtigen vermocht haben. Die langjährige Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften liegt einerseits offen zu Tage und andererseits stellen die christlichen Gewerkschaften keinen planlos zusammengelaufenen Haufen beliebiger Arbeiter dar, sondern umfassen meist Mitglieder mit festen und gekläerten Grundanschauungen, die auch bei Stürmen nicht wankelmütig werden und ihre Sache zu vertreten wissen. Mit dieser Tatsache sollten sich allmählich auch die verschiedensten Gegner der christlichen Gewerkschaften abfinden; sie könnten sich bei deren Beachtung sehr viel Zeit und Arbeit sparen.“

Im Jahresdurchschnitt 1910 zählten die christlichen Gewerkschaften 295 129 Mitglieder gegen 270 751 im vorausgegangenen Jahre, was eine Zunahme von 24 378 = 9% bedeutet. Bis zum Schlusse des Jahres 1910 dagegen stieg die Mitgliederzahl auf **316 115** gegen 280 061, so daß in Wirklichkeit die Mitgliederzunahme der christlichen Gewerkschaften in 1910 **36 054 = 12,8%** betrug.

Die Mitgliederentwicklung der christl. Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt wird durch folgende Ziffern veranschaulicht. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresluß:

Jahr	Mitgl.	Jahr	Mitgl.
1901	84 497	1906	260 040
1902	84 667	1907	284 649
1903	91 440	1908	260 767
1904	118 917	1909	280 061
1905	191 690	1910	316 115

Der Rückgang im Jahre 1908 ist eine Erscheinung, die sich bei allen deutschen Gewerkschaftsgruppen bemerkbar machte und die auf die damalige wirtschaftliche Depression zurückzuführen ist. In 1911 hat die günstige Entwicklung vom Vorjahr ebenfalls angehalten; in den ersten fünf Monaten dieses Jahres hatten die christlichen Gewerkschaften eine weitere Zunahme von ca. 30 000, so daß ihr gegenwärtiger Mitgliederbestand sich zwischen **340 000** u. **350 000** bewegt.

Bei einem Vergleich der Mitgliedsziffern am Jahreschlusse haben die einzelnen Verbände gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres folgende Zunahmen zu verzeichnen:

Metallarbeiter 9961, Textilarbeiter 9869, deutsche Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter 8014, Holzarbeiter 2095, Tabakarbeiter 1824, Bergarbeiter 1121, Lederarbeiter 903, Nahrungsmittelindustriearbeiter 856, Kellner 700, Württembergische Eisenbahner 681, Schneider 497, Maler 304, Bauarbeiter 182, Gutenbergbund 114, Gärtner 90, Keramarbeiter 85, Graphischer Zentralverband 65, Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter 48, Krankenpfleger 4. Einen Mitgliederverlust hatten, gerechnet von Ende 1910 zur gleichen Zeit des Vorjahres: Bayerische Eisenbahner 1050, Telegraphenarbeiter 207 und Heimarbeiterinnen 108.

An der Aufwärtsbewegung in diesem Jahre sind wieder alle Verbände beteiligt; hoffentlich und voraussichtlich hält die Mitgliederzunahme auch in der zweiten Jahreshälfte an. Die christliche Gewerkschaftsbewegung befindet sich also gegenwärtig auf dem Marsche zum vierten Hunderttausend gewerkschaftlicher Streiter. Dieser Vormarsch darf und wird bei allseitiger Pflichterfüllung in der Agitation keine Unterbrechung erleiden.

Rassenverhältnisse.

Noch befriedigender als die Mitgliederentwicklung haben sich in den letzten Jahren die Rassenverhältnisse der christlichen Gewerkschaften gestaltet. In diesen war eine stete Steigerung zu beobachten, was aus folgenden Ziffern hervorgeht. Es hatten die christlichen Gewerkschaften Einnahmen, Ausgaben und Vermögen in den Jahren:

Jahr	Einnahme M.	Ausgabe M.	Vermögen M.
1901	395 367	209 533	197 592
1902	466 910	328 456	325 086
1903	678 252	552 447	455 970
1904	884 517	711 640	690 374
1905	2 443 122	2 150 511	1 249 408
1906	3 378 833	2 709 260	2 370 782
1907	4 311 495	3 193 978	3 487 735
1908	4 394 745	3 556 224	4 513 409
1909	4 612 920	3 843 504	5 365 338
1910	5 490 994	4 916 270	6 113 710

Die Einnahmen stiegen somit in 1910 gegenüber dem Vorjahre von 4 612 920 M. auf **5 490 994 M.**, die Ausgaben von 3 843 504 M. auf **4 916 270 M.**, während sich der Vermögensbestand von 5 365 338 M. auf **6 113 710 M.** erhöhte. Ueber die einzelnen Einnahme- und Ausgabearten gibt Tabelle II Auskunft. Demnach betragen:

	Einnahmen:	
	1910 M.	1909 M.
Aufnahmegebühren	46 423	34 817
Beiträge	4 749 641	4 143 104
Extrabeiträge	273 916	23 986
Sonstige Einnahmen	421 014	397 301

	Ausgaben:	
	1910 M.	1909 M.
Verbandsorgan	420 039	404 050
Agitation	588 596	448 218
Streiks- und Gemäßregelunterstützung	1 239 500	489 023
Reise- und Arbeitslosenunterstützung	168 461	195 536
Krankengeld	634 469	647 723
Sterbegeld	205 013	197 089
Rechtsschutz	114 756	146 497
Sonstige Unterstützungen	31 576	27 605
Gehälter	137 006	117 059
Verwaltungsausgaben	204 145	198 452

Bibliothek und sonstige Bildungszwecke	146 908	39 235
Beitrag an den Gesamtverband	48 533	52 526
Anteil der Lokalkassen	818 075	717 440
Sonstige Ausgaben	159 193	150 150

Die Einnahmen an Aufnahmegebühren haben sich sonach gegenüber dem Vorjahre um 11 606 M. erhöht, während die regelmäßigen Beiträge eine Steigerung um 606 557 M. erlitten.

In Extrabeiträgen wurden um 249 930 M. mehr vereinnahmt, als im Vorjahre, während der Posten „Sonstige Einnahmen“ nur eine geringe Erhöhung erfuhr. Bei dem Ausgabe-posten fällt insbesondere die gewaltige Steigerung der Streiks- und Gemäßregelunterstützung auf; sie ist in der Hauptsache auf den großen Kampf im Baugewerbe, der sich im Berichtsjahre abspielte, zurückzuführen. Die Aufwendungen für Reise- und Arbeitslosenunterstützung sowie für Krankengeld haben eine Berringerung erfahren, was auf den flotteren Geschäftsgang des Jahres 1910 gegenüber dem des Jahres 1909 zurückzuführen ist.

Aus den für Unterstützungszwecke gemachten Aufwendungen in den einzelnen Jahren im letzten Jahrzehnt geht der allmähliche Ausbau des Unterstützungswesens innerhall der christlichen Gewerkschaften klar hervor; es wurden an Unterstützungen ausbezahlt:

Jahr	Insgesamt M.	Streiks- und Gemäßregelunterstützung M.	Sonstige Unterstützungen M.
1901	90 398	75 177	24 221
1902	128 111	88 626	39 485
1903	202 728	155 020	47 698
1904	211 215	133 362	77 853
1905	1 233 321	1 000 320	233 001
1906	1 364 105	853 435	510 670
1907	1 451 748	743 270	708 478
1908	1 401 385	424 992	976 393
1909	1 703 473	489 023	1 214 450
1910	2 393 775	1 239 500	1 154 275
Summa	10 489 259	5 202 735	4 986 524

Größere Beträge wurden somit erst mit dem Jahre 1905 für Unterstützungen verausgabt; seit dieser Zeit ist, von kleinen Abweichungen abgesehen, eine stete Steigerung der Aufwendungen für Unterstützungen zu beobachten.

Lohnbewegungen, Streiks und Erfolge.

Das Berichtsjahr, charakterisiert vom Standpunkte der Lohnbewegungen aus, trägt ein viel unterschiedeneres Gepräge, wie das vorausgegangene. Für manche Verbände war es überhaupt eines der beweglichsten seit deren Bestehen. Nur das Jahr 1905 mit dem die normalen Verhältnisse verschobenden Bergarbeiterstreik hatte eine größere Zahl von an Lohnbewegungen Beteiligten aufzuweisen. Die Steigerung der Beteiligtenzahl erklärt sich natürlich mit aus der Zunahme der Mitgliederziffern. Aber ersichtlicherweise nur zu geringem Teil. Ausschlaggebend ist einerseits, daß die Verbände der großindustriellen Gewerbe aus ihrer Reserve hervorzutreten begannen, andererseits aber, daß ein Teil der Verbände für die handwerksmäßigen Berufe nahezu die Hälfte bis zu zwei Dritteln ihrer Mitgliedschaft in Bewegungen verwickelt sahen.

Den Löwenanteil von den Bewegungen beanspruchte die Tarifbewegung in den handwerksmäßigen Berufen. Vor allem im Baugewerbe. Der beste Beweis dafür, wie sehr die baugewerbliche Bewegung das ganze Erwerbsleben in seinen Tiefen aufgewühlt, ist die Tatsache, daß die Erscheinungen des Kampfes und seine Lehren für alle Beteiligten, d. h. für die gesamte Volkswirtschaft, noch heute der Gegenstand leidenschaftlicher Diskussion bilden.

Eine Gegenüberstellung der nicht friedlich verlaufenen Bewegungen läßt auf beiden Seiten die Angriffsluft wiedererkennen — die Aussperrung im Baugewerbe natürlich außer acht gelassen. Auch dadurch dokumentiert sich die Auffassung von einer Belebung des gewerblichen Marktes. Die baugewerbliche Aussperrung hängt damit wegen ihres mehr grundsätzlichen Charakters nur lose zusammen.

Wir erhalten folgendes Gesamtbild:

	Anzahl		Beitrag. Personen	
	1909	1910	1909	1910
Angriffstreiks	112	182	2 686	4 756
Abwehrstreiks	74	55	1 772	1 454
Aussperrungen	49	53	2 552	16 156

Charakteristisch ist insbesondere der Rückgang und fast verschwindende Anteil der Abwehrstreiks, dessen Hauptkontingent auf die Metallindustrie ent-

fällt, während im Vorjahre Textilindustrie und Bau-
gewerbe den Hauptanteil gestellt hatten. In der
großen Steigerung der Angriffsstreiks und der Zahl
der daran beteiligten Personen tritt der wirtschaft-
liche Kampfcharakter des Berichtsjahres deutlich her-
vor; in diesen Zahlen spiegelt sich das Streben der
organisierten Arbeiter wieder, die Verluste während
der wirtschaftlichen Krise mit dem Eintritt einer
besseren Geschäftslage wett zu machen. Verhältnis-
mäßig sind die meisten Angriffsstreiks in den hand-
werksmäßigen Berufen zu verzeichnen, was mit den
fortgeschrittenen Organisationsverhältnissen und der
damit bedingten größeren Machtstellung der Arbeiter-
schaft zu erklären ist. In der Großindustrie ist mit
der Inzenerierung eines Streiks auch stets eine viel
größere Verantwortung im Hinblick auf die Konse-
quenzen verbunden, und dieser Verantwortung sind
sich die Arbeiterführer — wenigstens im christlichen
Lager — voll und ganz bewusst. Aus der wesentlichen häu-
figeren Offensive der Arbeiter resultiert auch die
Steigerung der Zahl der Ausgesperrten, von denen
der Löwenanteil auf die Bauarbeiter entfällt. Ein
Vergleich der Zahlen betreff Ursachen der Streiks
und Aussperrungen zeigt, daß der schon im Vorjahre
deutlich bemerkbare Übergang der Arbeiter von der
Abwehr zum Angriff nicht nur angehalten, sondern
sich ganz rapid beschleunigt hat. Streiks und Aus-
sperrungen entstanden wegen:

	Anzahl der Fälle	
	1909	1910
Forderungen höheren Lohnes	70	117
Forderungen verkürzter Arbeitszeit	2	3
Beiden Forderungen zusammen	53	89
Abwehr von Verschlechterungen	89	54
Sonstigen Ursachen	21	27

Auffallend und für die Situation bezeichnend ist
hier zunächst die gewaltige Steigerung bei 1 und 3,
nicht minder der rapide Rückgang in der Abwehr
von Verschlechterungen, was sich übrigens mit der
Abnahme der Abwehrstreiks deckt. Bemerkenswert
ist, daß die Tertilarbeiter bei 23 Offensivbewegungen
nur in zwei Fällen eine Verkürzung der Arbeitszeit
forderten, während in dem tatächlich fortgeschrittenen
Baugewerbe in 14 von 23 Forderungen und bei den
Holzarbeitern in 35 von 57 Forderungen eine Ver-
kürzung der Arbeitszeit angestrebt wird. Der Aus-
gang der Streiks und Aussperrungen ist ein erneuter
Beleg für die Erfolge der Gewerkschaftsarbeit. Es
erdigten:

	erfolgreich		teilw. erfolgreich		erfolglos	
	1909	1910	1909	1910	1909	1910
Angriffsstreiks	48	79	32	85	30	18
Abwehrstreiks	25	23	22	17	27	15
Aussperrungen	18	18	25	25	5	9

Die Zahl der erfolglosen Streiks hat demnach
wesentlich abgenommen, die der teilweisen und ganz
erfolgreichen aber gewaltig zugenommen. Das ist
es, was der praktischen Gewerkschaftsarbeit des ver-
gangenen Jahres den Stempel aufdrückt.

Schlussbemerkungen.

Die verschiedensten Gegner der christlichen Ge-
werkschaften haben deren Vormarsch in die christ-
lichen Gewerkschaften haben alle gegen sie aufstehen
Stürme abgewehrt und sind in das Jahr 1911 ein-
getreten mit einer nach allen Richtungen hin ge-
kräftigten und gefestigten Position. Sie haben ihre
Kräfte während der vorausgegangenen wirtschaftlichen
Depressionsperiode gesammelt und ihre Organisationen
immer weiter ausgebaut. Und jetzt, wo das
deutsche Wirtschaftsleben wieder an einer zuversicht-
lichen Stellung angelangt ist, müssen die einzelnen
Streiter im christlichen Gewerkschaftslager sich wieder
erneut ihrer großen Aufgabe bewusst werden, die
der Staatsminister Frhr. v. Berlepsch, gelegentlich
des Kölner Kongresses der christlichen Gewerkschaften,
mit diesen Worten kennzeichnete:

„Der Kampf, den die Arbeiterklasse führt und
den sie noch lange zu führen haben wird, ist der
alte geschichtliche soziale Konflikt, der alle Jahr-
hunderte durchzieht, der sich ständig wiederholte in
dem Kampfe der Feudalherren und der Künfte im
Mittelalter, in dem Kampfe des Bürgerstandes um
die politische Gleichberechtigung in der ersten Hälfte
des 19. Jahrhunderts, in der Geschichte der Eman-
zipation des Bauernstandes, der alte soziale Konflikt,
der immer eingetreten ist, wenn eine bisher unter-
geordnete, dienende Gesellschaftsklasse verlangt hat,
in die volle Gleichberechtigung einzutreten mit den
im Besitz der Macht, der politischen und der wirt-
schaftlichen Macht befindlichen Klassen, und wenn
diese sich geweigert haben, ihre bevorrechtigte Stellung,
die sie immer und überall als eine Staatsnotwendig-
keit angesehen haben, aufzugeben.“

Glücklich ist die Zeit zu preisen, in der solche
Konflikte ohne Anwendung von Gewalt gelöst
werden. Wenn das bisher bezüglich der Bewegung
der Lohnarbeiter geschehen ist, und wenn die Zu-
versicht immer begründeter wird, daß das auch in
der Zukunft der Fall sein wird, so ist das zu einem
wesentlichen Teile der Tatsache zu verdanken, daß

in den christlichen Gewerkschaften von dem Boden
der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ord-
nungen aus die soziale Reform für den Arbeiter-
stand erstrebt wird, ohne Klassenkampf, aber doch
in dem Bewußtsein, daß der Arbeiterstand bisher
von Staat und Gesellschaft noch nicht erhalten hat,
was er zu verlangen berechtigt ist. . . .

Ich hege die Hoffnung, daß im Laufe des 20.
Jahrhunderts, vielleicht schon in der ersten Hälfte
desselben, die Eingliederung des Arbeiterstandes in
den staatlichen und sozialen Organismus gelingen
wird, ohne daß die Gewalt in Angriff und Abwehr
die Entscheidung fällt, im Wege der Reform, nicht
im Wege der Revolution, und das wird nicht zum
wenigsten der entschlossenen, verständigen, unab-
hängigen Einwirkung der christlichen Gewerkschaften
zu danken sein.“

Der Kampf der verschiedenen Volksklassen um
den ihnen zustehenden Platz an dem großen Tische
der Gesellschaft spielt sich ähnhlich ab, wie der Kampf
um gegenläufige Interessen zweier Nationen auf
den Schlachtfeldern. Hier werden schwierige Positionen
ebenfalls nicht im Paradenmarsch erobert. Zu deren
Eroberung müssen vielmehr meist sehr beschwerliche
Wege gegangen werden. Und zum sozialen Aufstieg
der Arbeiterklasse sind mühsame Wege eine absolute
Notwendigkeit. Denn ein Stand, der nicht die Kraft
besitzt, durch zähe, ausdauernde Arbeit sich seine
Rechte zu erringen, ist im gegebenen Falle gar nicht
fähig, von diesen Rechten den richtigen Gebrauch zu
machen.

Willst Gutes du und Schönes schaffen,
Das lebensvoll das Leben mehre,
Mußt du dich erst zusammenraffen
Und darfst nicht scheu'n der Arbeit Schwere;
Da hilft kein Schwärmen bloß und Hoffen,
Kein Traum von künftiger Entfaltung;
Nein, stark mußt du mit den Stoffen
Und ringst sie zwingen zur Gestaltung.

Köln, 20. Juni 1911.

Das Generalsekretariat.

Die neue Reichsversicherungsordnung.

Die Invalidenversicherung.

Durch die Reichsversicherungsordnung wird die In-
validenversicherungspflicht auf weitere Personenzreise aus-
gedehnt. Es sind das die Gehilfen und Lehrlinge in
Apotheken, sowie Personen, die als Bühnen- oder
Orchestermitglieder beschäftigt werden. Es werden also
nach § 1212 vom vollendeten 16. Jahre an versichert:

1. Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Diensthofen,
2. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte
in ähnlich gehobener Stellung, sämtlich, wenn diese
Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet,
3. Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Gehilfen und
Lehrlinge in Apotheken,
4. Bühnens- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf
den Kunstwert der Leistungen,
5. Lehrer und Erzieher,
6. die Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge und die
Besatzung von Fahrzeugen der Binnen-schiffahrt.

Die unter Nr. 2 bis 6 Bezeichneten, also Betriebs-
beamte, Handlungsgehilfen, Schiffer sind nur dann ver-
sicherungspflichtig, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeits-
verdienst 2000 Mark übersteigt.

Die Verdienstgrenze bei den 3 Versicherungsarten ist
verschieden; sie beträgt für die Betriebsbeamten und
Angestellte bei der Krankenversicherung 2500 Mark, bei
der Unfallversicherung 5000 Mark. Die genannten Per-
sonen sind jeweils innerhalb dieser Gehaltsgrenze ver-
sicherungspflichtig.

Die Hausgewerbetreibenden, Heimarbeiter sind
nur dann invalidenversicherungspflichtig, wenn sie als
gewerbliche Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung in
Betracht kommen. Die Hausgewerbetreibenden werden
zwar durch die R.-V.-D. der Krankenversicherung unter-
worfen, nicht aber der Invalidenversicherung. Es ist
den verbündeten Regierungen überlassen, die Versicherungs-
pflicht auch auf diese Kategorie von Arbeitern auszu-
dehnen. Es können so mehr die besonderen Verhältnisse
der Heimarbeiter, die in den verschiedenen Teilen des
Reichs sowohl wie nach ihrer Beschäftigungsart so ver-
schieden sind, berücksichtigt werden. Dem Bundesrat ist
es überlassen, die Versicherungspflicht auch auf Betriebs-
unternehmer, Bauern usw. auszudehnen, die in ihren
Betrieben nicht mehr als einen Versicherungspflichtigen
beschäftigen.

Der Zwangsinvalidenversicherung steht die freiwillige
Versicherung gegenüber.

Zum freiwilligen Eintritt in die Versicherung (Selbst-
versicherung) sind bis zum vollendeten vierzigsten Lebens-
jahre berechtigt

1. die im voraus angeführten § 1212 unter Nr. 2 bis
5 Bezeichneten und Schiffer, wenn ihr regelmäßiger
Jahresarbeitsverdienst mehr als 2000 Mark, aber
nicht über 3000 Mark beträgt,
2. die in ihren Betrieben und anderen Betrieben
zwei Versicherungspflichtige beschäftigten, sowie Haus-
gewerbetreibende,

3. Personen, die nur gegen freien Unterhalt oder nur
vorübergehend gegen Entgelt beschäftigt werden.
Die Berechtigten können die Selbstversicherung beim
Auscheiden aus dem Arbeitsverhältnis fortsetzen, bezw.
erneuern. Die Bestimmungen darüber sind etwas strenger
gehalten als nach dem alten Gesetz, und zwar im Hin-
blick auf die Hinterbliebenenversicherung. Die freiwillige
Versicherung, bezw. die Weiterversicherung wird durch
die Hinterbliebenenversicherung wertvoller und in er-
höhtem Maße ausgeübt werden, daher auch höhere Kosten
verursachen.

**Die Invalidenversicherung wird nach
Lohnklassen**

durchgeführt. Die Höhe der Beiträge und der Renten
wird nach ihnen bemessen. Dem Versicherten, den vor-
gesehenen Lohnklassen noch weitere anzufügen, in Rück-
sicht auf die höher entlohnten Arbeiter und Angestellten,
trat die Regierung mit großer Entschiedenheit gegenüber.
Es wurde von dieser Seite betont, daß dadurch eine
völlige Revolution der Grundlagen der Versicherung
herbeigeführt und die Leistungsfähigkeit der Versicherungs-
träger in bedenklichem Grade würde gefährdet werden.
Es bleibt denn auch bei den bisher schon gültigen fünf
Lohnklassen; die erste bis 350 Mark, dann die weiteren
bis 550, 850, 1150 und die fünfte von mehr als 1150
Mark. Soweit nicht anders bestimmt ist, ist für die
Zugehörigkeit zu den Lohnklassen statt des tatsächlichen
Jahresarbeitsverdienstes ein Durchschnittsbetrag maß-
gebend. Dieser wird bemessen nach dem Orts- bezw.
Grundlohn. Da dessen Festsetzung und Berechnung eine
andere sein wird als bisher, darüber ist in den vor-
ausgehenden Artikeln schon einiges gesagt, so wird
für viele eine bessere Versicherung eintreten als bisher.

Die Versicherung in einer höheren Lohnklasse ist
erlaubt, der Arbeitgeber zu höheren Beitrag nur ver-
pflichtet, wenn er sie mit dem Versicherten vereinbart hat.

Wit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung
werden die

Beiträge

bei den einzelnen Lohnklassen etwas erhöht. Es trifft
auf die einzelnen Klassen 2, 4, 6, 8 und 10 Pfennig.
Jede Woche ist zu zahlen in der

Lohnklasse	16 Pfg.
I. Klasse	16 Pfg.
II. "	20 "
III. "	30 "
IV. "	38 "
V. "	46 "

Die Hälfte der Beiträge zahlt der Arbeitgeber.

Renten.

Als Leistungen gewährt die Versicherung Invaliden-
oder Altersrenten sowie Renten, Witwengeld und Waisen-
aussteuer für Hinterbliebene. Invaliden- oder Alters-
rente erhält, wer die Invaliditytät oder das gesetzliche
Alter sowie die nötige Zahl geklebter Marken nachweist.
Hinterbliebenenfürsorge wird gewährt, wenn der Ver-
storbene die Wartezeit (200 Wochen) für die Invaliden-
rente erfüllt hat. Witwengeld und Waisenaussteuer
wird dann gewährt, wenn die Witwe selbst die Warte-
zeit erfüllt hat. Der auf die Invalidenrente haupt-
sächlich bezughabende § 1240 wurde in der Kommission
unter dem Widerstand der Regierung erweitert und
auch im Plenum so akzeptiert. Der betreffende Paragraph
lautet nunmehr:

Invalidenrente erhält ohne Rücksicht auf das Lebens-
alter der Versicherte, der infolge von Krankheit oder
anderen Gebrechen dauernd invalide ist.

Als invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, durch
eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten ent-
spricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner
Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet
werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körper-
lich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähn-
licher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu
verdienen pflegen.

Invalidenrente erhält auch der Versicherte, der nicht
dauernd invalide ist, aber während sechsundzwanzig Wochen
ununterbrochen arbeitsunfähig gewesen ist oder der nach
Wegfall des Krankengeldes invalide ist, für die weitere
Dauer der Invaliditytät (Krankenrente).

Altersrente wird wie bisher gewährt, nach voll-
endetem 70. Lebensjahr, auch dann, wenn der Versicherte
nicht invalide ist. Die meisten Parteien des Reichstags
sind Freunde der Herabsetzung der Altersgrenze auf 65
Jahre und Gewährung der Rente von diesem Jahre an.
Dagegen hatte sich die Regierung schon in der Kommission
mit großer Entschiedenheit ausgesprochen. Im Plenum
wäre beinahe die ganze Reichsversicherungsordnung an
dieser Frage gescheitert, indem die Linke durch einen er-
neuten Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze ein Ver-
hinderungsbedingung für die Regierung sprach. Die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre koste
29 Millionen Mark, wovon 9 Millionen dem Reiche.
Staatssekretär Deibrock erklärte: Würde der Antrag an-
genommen, so würden die verbündeten Regierungen die
R.-V.-D. als gescheitert betrachten.

Angehts dieser Verhältnisse, bei dem einheitlichen
Widerstand der verbündeten Regierungen, im Hinblick
auf die ernste Gefahr des Scheiterns der nationalen
versicherungsgesetzgebung, die, wie auch der nationalliberale
Redner Dr. Stresemann zugestand, einen großen Fort-

Schritt bedeutet, blieb den Freunden der Vorlage nichts anders übrig, als gegen die Herabsetzung der Altersgrenze zu stimmen.

Vorher hatte schon in einer vielbemerkten Rede unser Kollege Reichstagsabgeordneter Becker (Münster) darauf hingewiesen, daß die Herabsetzung der Altersgrenze nicht die wichtigste Forderung der christlichen Arbeiterschaft sei. Auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften in Köln wurde ausdrücklich verlangt, daß man den Invaliden, die noch unverfugbar sind, in erster Linie helfen und deren Bezüge erhöhen sollte. Namentlich in Gewerbe und Industrie gibt es eine große Anzahl von Arbeitern, die zwischen 30 und 40 Jahren invalide werden: da sind sehr oft noch Kinder da, die nichts verdienen. Diesen zu helfen, ist viel dringlicher, als andern, die bei 65 Jahren noch nicht invalide sind und keine Kinder haben. Die Kommission habe denn auch auf Antrag des Zentrums Kinderrente eingeführt, die etwa 10 Millionen Mark den Versicherten bringen wird.

Zweiter deutscher Wohnungskongress.

In den Tagen vom 11. bis 14. Juni tagte in Leipzig der zweite deutsche Wohnungskongress, der von ca. 700 Delegierten aus allen Ecken Deutschlands besetzt war. Für den Arbeiterstand ist diese Tagung von ganz besonderem Interesse, handelte es sich doch im allgemeinen um die Frage: „Was kann geschehen, um dem Arbeiter und seiner Familie in den industriellen Großstädten ein gesundes, billiges und angenehmes Wohnen zu ermöglichen? Aus dem Grunde hatte auch unser Zentralvorstand einige Vertreter zu diesem Kongresse entsandt.

Die Reichsregierung vertrat Herr Direktor Geheimrat Lewald, die Sächsische Regierung Ministerialdirektor Dr. Kumpelt. Die Bayerische Regierung war vertreten durch Ministerialrat Knöbinger, die Württembergische durch Regierungsrat Neuschler. An der Spitze des Kongresses steht der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt der Provinz Hannover, Geh. Regierungsrat Liebrecht, dem als stellvertretende Vorsitzende zur Seite stehen die Professoren Dr. Albrecht und Franke (Berlin) und Landrat Berthold (Blumenthal). Ehrenpräsident ist der verdienstvolle frühere Staatsminister Graf Potjomsky-Beliner.

Nach einem Begrüßungsabend am Sonntag, dem 11. Juni, wurde am Montag nach einer von viel sozialem Verständnis getragenen Ansprache des Grafen Potjomsky in die Verhandlungen eingetreten. Die Rede Potjomskys ist ein beredtes Zeugnis für das soziale Verständnis und die tiefe Sachkenntnis des Grafen auch auf dem Gebiete der Wohnungsfrage. Er führte etwa folgendes aus:

„Wenn Sie mich zum Vorsitzenden Ihrer Versammlung gemacht haben, so haben Sie das, wie ich annehme, in der Ueberzeugung getan, daß ich in der Hauptsache mit den sozialen Beweggründen Ihrer Tätigkeit, den bedauerlichen Zuständen unseres Wohnungswesens im weitesten Sinne, ebenso wie mit dem Zwecke Ihrer Bestrebungen, die schädlichen Mißstände auf diesem Gebiete auf gesetzmäßigem Wege zu bekämpfen, durchaus einverstanden bin. Indem ich Ihnen für dieses Vertrauen danke, bitte ich Sie zugleich, mir einige Bemerkungen zu der uns bewegenden Frage zu gestatten, und zwar in knapper Form, welche durch den Umfang unserer Tagung geboten ist. Von den großen Kulturländern Europas hat Deutschland verhältnismäßig die stärkste Bevölkerungszunahme. Diese Zunahme drängt sich nach den Städten, und zwar in erster Linie nach den Großstädten. 1816 lebte in Deutschland nur jeder 80. Einwohner in der Großstadt, 1855 schon jeder 33. und 1910 schon mehr wie jeder 5. Welche entscheidende Umwälzung der Lebensart und Lebensauffassung unseres Volkes ist in diesen drei Zahlen verborgen, welche Entfremdung von der Natur, und welche Beeinflussung durch eine verfeinerte technische Kultur. Bis zum großen wirtschaftlichen Umschwunge der Kriegsjahre 1866 und 1870 hatten das Volk und die Staatsregierung alle Kräfte anzustrengen, um sich von den Folgen der napoleonischen Ausplünderung zu erholen. Man war viel zu erschöpft, um Wohlfahrtspolitik zu betreiben; man arbeitete vorzüglich in Merkantilpolitik und hatte keine Aufmerksamkeit auf die hygienischen Mängel der zusammengedrängten Bevölkerungsmassen.

Erst durch die deutsche Sozialpolitik wurde man gezwungen, sich eingehender mit den Lebensverhältnissen der minderbemittelten Volksklassen zu befassen, insbesondere mit Krankheit und Tod. Dabei entdeckte man und man entdeckt noch heute Wohnungs Zustände, die auf den alten Bau- und Verwaltungszuständen beruhen. An der Hand der verschiedenen Umfragen der Ortskrankenkassen, Stadtmissionen usw. zeigte der Referent die unhaltbaren Zustände: Berlin hatte 1905 über eine 1/2 Million besetzter Wohnungen. Davon hatten nahezu die Hälfte nur ein einziges heizbares Zimmer und ein Stiebeln von diesen Wohnungen war noch ohne Küche; über ein Drittel bestand lediglich aus einem heizbaren Zimmer. Nach Dr. Grünspahn waren von 100 Kleinwohnungen sieben überfüllt. Aus den Mängeln des Wohnungswesens ergibt sich weiter, wie die Statistik lehrt, ein Rückgang des Geburtenüberschusses und der weiblichen Fruchtbarkeit. In Berlin betrug der Geburtenrückgang in einem Zeitraum von drei Jahrzehnten (1876—1905) mehr als 40 Prozent. Wir scheinen uns in der Tat in den großen Städten dem französischen Zweikindersystem mehr und mehr zu nähern. Auch in der Wehrfähigkeit zeigten sich die Folgen der Mißstände.

Der Referent befaßte sich dann mit der Heranziehung ausländischer Arbeiter. Trotz eines

Zuwachses von jährlich 850000 Menschen müssen wir ganze Arbeiterheere aus Oesterreich und Italien heranziehen, während zu gleicher Zeit in den Großstädten Arbeitsnot auftritt. Es zeigt sich bei unserer Bevölkerung eine zunehmende Abneigung gegen schwerere Arbeit. Die Abwanderung der Arbeiter vom Lande nach den Großstädten spiegelt dies wider; man bevorzugt die leichtere Arbeit.

Aber nicht nur die auf ihrer Hände Arbeit angewiesenen Gesellschaftsklassen sind es, die sich nach den Großstädten ziehen, sondern auch weite Kreise der besitzenden Klassen. Es sind also Tausende, die kein notwendiger Zweck nach den Großstädten drängt. Der fortgesetzte Zuzug nach den Großstädten bringt eine brisante Ueberlastung, der der Bau von Kleinwohnungen nicht folgen kann. Die minderbemittelte Bevölkerung findet keine ausreichenden Kleinwohnungen oder vermag die emporgeschwellten Mieten nicht zu erschwingen. Wenn man bisweilen liest, daß Tausende von Wohnungen leer stehen, so sind das meist nicht Wohnungen für die unteren Volksklassen. Der kleine Mann sucht die Ausgaben in seinem Haushalt herabzudrücken, indem er sich mit seiner Familie in den kleinsten Räumen zusammenbrückt und noch außerdem Zimmermieter annimmt. Diese Umstände müssen zur notwendigen Folge haben die Uebertragung fortschreitender Krankheiten, verbrecherischer Neigungen und die Unsitlichkeit fördern: es zeigt sich ein Siechtum an Körper und Seele. Das Programm unserer Versammlung stellt sich nun die Frage:

Wie bekämpfen wir diese Uebelstände?

Die größte Schwierigkeit liegt hier in der ungleichen Verteilung unseres Volkes über die Lande. Diese Ungleichheit kann nicht durch irgendwelche Beschränkung der Freizügigkeit aus der Welt geschafft werden. Eine Regierung, die dazu den Mut hätte, würde sich bald von der Unausführbarkeit dieser Maßnahme überzeugen müssen.

Es müssen durch ein Wohnungsgesetz gewisse Mindestforderungen für die Herstellung von Wohngebäuden aufgestellt werden, eine polizeiliche Behörde hat Art und Umfang der Benutzung der Wohnräume entsprechend den Forderungen der Hygiene, der Sittlichkeit usw. zu regeln. Ohne derartige Vorschriften würden auch Wohnhäuser für Minderbemittelte von den zuziehenden Volksmassen immer wieder in schädlicher Weise ausgefüllt werden mit Saisonarbeitern usw. In solchen Bestimmungen kann ebensowenig eine Beschränkung der Freizügigkeit gefunden werden wie in den landespolizeilichen Vorschriften, die der Verbreitung von Krankheiten vorbeugen.

Ferner ist zu fordern eine ausreichende Wohnungsaufsicht. Wie nötig das ist, zeigen die Vorgänge in Berlin, wo die Belegung von Dachwohnungen verboten worden ist. Schließlich stellte sich heraus, daß solche Belegungen doch vorgekommen sind. Ein solches Gesetz muß auch Vorschriften enthalten, daß gewisse, in den Bebauungsplan eingezogene Gelände nur mit Kleinwohnungen bebaut wird und die darauf errichteten Häuser auch nur als Kleinwohnungen benutzt werden dürfen. Es ist sozialpolitisch und wirtschaftlich falsch, die minderbemittelten Klassen, denen die bestehenden Gesellschaftskreise fortgesetzt bedürfen, an weit entfernte Vororte zusammenzudrängen; durch den weiten Weg an die Arbeitsstelle erfolgt ein unverhältnismäßiger Verbrauch von Arbeitskraft. Beschränkende Bestimmungen, die man bei der Feststellung von Bauplänen zum Besten des Willenbaues erläßt, sollte man gerechterweise auch für den Bau von Kleinwohnungen anwenden. Dem Zweckverband für Berlin, der bekanntlich Gelände erworben hat zum Bau von Kleinwohnungen, sucht das Herrenhaus scheinbar die bezüglichen Bestimmungen zu erschweren. Es ist das ein großer Fehler, denn dadurch wird man den Zuzug nach den großen Städten nicht verhindern. Die Wurzel dieser Erscheinung liegt tiefer.

Weiter spricht der Redner für eine Ergänzung der lapidaren Vorschrift über das Erbbaurecht. Es muß die Möglichkeit gegeben werden, mit geringem Aufwand Grund und Boden auf lange Zeit hinaus zu erwerben. Meines Erachtens kann man jetzt schon im Wege des Vertrages die Rechte des Grundbesitzes und des Pfandgläubigers in Erbpacht völlig sicherstellen. Reich, Staat, Gemeinde und die sozialpolitischen Versicherungsanstalten haben in dieser Weise schon große Flächen zu Erbbau ausgetan, ohne Geldverluste zu erfahren. Diese Maßregeln könnten selbstverständlich nur Arbeitern und gering besoldeten Beamten zugute kommen. Sollte das Erbbaurecht für die große Masse nutzbar gemacht werden, muß das Großkapital hier eine Gelegenheit zur Anlegung suchen, es müssen sich Erbbaubanken gründen.

Was die Wertzuwachssteuer angeht, so mag sie eine gute Finanzquelle sein, aber davon, daß hierdurch die Grundstückspekulation eingeschränkt werde, kann ich mich zurzeit noch nicht überzeugen. Ich fürchte vielmehr, daß in Zukunft der Mieter auch noch diese neue Belastung zu tragen haben wird.

Die offenen und stillen Gegner der Sozialpolitik, so schloß der Vortragende, werden nicht zu gewinnen sein für unsere Arbeit; das ist Charakteranlage. Es gibt auch sozialpolitisch freundlich gestimmte Kreise, die gegenüber den mancherlei Anforderungen erschrecken und erklären: man möge aufhören. Das kommt mir vor, als wenn man der Industrie, der Landwirtschaft oder dem Handel zurufen wollte, man möchte mit der Handels- und Wirtschaftspolitik aufhören. Wie diese Erfüllung einer solchen Forderung unmöglich wäre, so kann auch nie an Stillstand auf dem Gebiete sozialer Fürsorge gedacht werden.

Als Verhandlungsgegenstände standen folgende Punkte auf der Tagesordnung des Kongresses:

1. „Bodenfrage und Bodenpolitik in großen und kleinen Orten.“ Als Redner sprachen zu diesem

Punkte Landes Syndikus Dr. Landmann-Mannheim, Stadtrat Dr. Luppe und Stadtverordneter Rechtsanwalt Dr. Heilbrunn-Frankfurt a. M., sowie Professor Dr. Stein-Frankfurt a. M.

2. „Die Finanzierung unserer Bautätigkeit in großen und kleinen Orten, ihre Mängel und Reform.“ Zu diesem Thema sprachen Professor Dr. Wuttke-Dresden, Landesbankrat Neuschler-Wiesbaden und Geh. Justizrat Professor Dr. Erman-Münster.

Die Vorträge brachten eine Fülle von Reformvorschlägen nach den verschiedensten Seiten hin. Auch gestaltete sich die Diskussion über diese Vorträge äußerst interessant und lehrreich. Leider fehlt uns der Raum, auf Einzelheiten näher einzugehen, später wird sich hoffentlich noch Gelegenheit bieten, auf Einzelfragen bezgl. Wohnungsreform zurückzukommen.

Am Abend des zweiten Verhandlungstages fand eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher Professor Dr. Fuß-Zübingen über „Wohnungsfrage und Staat“, Fräulein Paula Müller-Hannover über „Die Wohnungsfrage und die Frauen“ und Reichstagsabgeordneter Dr. Friedrich Naumann-Berlin über „Wohnungsfrage und Industrie“ sprachen.

Mittwoch, den 14., besuchte der Kongress den künstlerisch und sozial bemerkenswertesten Teil der inneren und äußeren Stadt Leipzig, und zwar die Gartenstadt-Ausstellung, die große neue Kolonie der Meyerischen Stiftungshäuser in Pleißenhöcher und die Wohnungsanlagen der gemeinnützigen Baugesellschaft.

Es wird die Leser interessieren, wie die Stadt Leipzig befreit ist, die Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten zu verbessern. Die Stadt Leipzig hat einen städtischen Grundbesitz von ca. 6000 Hektar, der zur Hälfte auf das engere Stadtgebiet entfällt. Die Stadt besitzt außer sehr schönen Anlagen eine große Anzahl Spiel- und Tennisplätze. 82 Hektar sind von der Stadt zu einem geringen Mietzins zur Anlage von Schrebergärten an Familien verpachtet. Größere Grundkomplexe sind zur Förderung des Kleinwohnungswesens in Erbpacht verliehen worden. Die Stadt hat bei der Landesversicherungsanstalt, welche Darlehen für den Kleinwohnungsbau gibt, für eine Million Mark Garantie übernommen. 5000 Menschen wohnen bereits in solchen Wohnungen. Sodann ist noch die Meyerische Wohnungsstiftung zu erwähnen, welche mit acht Millionen Mark fundiert ist und eine Anzahl Wohnungscolonien der verschiedensten Systeme besitzt. Insgesamt wohnen dank aller dieser Bestrebungen 8—9000 Einwohner der unteren Stände in billigen und gesunden Wohnungen.

Der zweite deutsche Wohnungskongress hat manche wertvolle Fingerzeige gegeben, was in Zukunft geschehen kann und geschehen muß, um dem deutschen Volke, besonders den erwerbstätigen Schichten der Bevölkerung, ein billiges und gesundes Wohnen zu ermöglichen.

E. W.

Zur Fortbildungspflicht der gewerblichen Arbeiterinnen.

I.

Wenn von geistiger Schulung, von Fortbildung der Arbeiterin gesprochen wird, so hat es den Anschein, als kämen diese Bestrebungen vorweg für die Arbeiter und für die männliche Jugend in Betracht. Selbst bei der Frage der Jugendbildung und der Erziehung geht man manchmal in den Beratungen darüber hinweg, daß für die große Zahl gewerblicher Arbeiterinnen und noch weit mehr für die erwerbstätige weibliche Jugend eine systematische Fortbildung immer notwendiger wird. Es ist jedoch seit einiger Zeit eine Wendung zum Besseren eingetreten; wir haben in Deutschland verschiedene Vereine, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, auch den jugendlichen Arbeiterinnen Gelegenheit zur Schulung und Bildung zu geben. Über diese Bestrebungen haben ihre speziellen Gebiete; die gewerbliche Aus- und Fortbildung bei den Arbeiterinnen wird nur in den seltensten Fällen gepflegt. Zudem kann dieselbe nicht so durchgreifend und allgemein wirken, als es im Interesse der jugendlichen notwendig wäre, da bei dem freiwilligen Besuch der Vereins-einrichtungen, Unterrichtsstunden, Vorträge u. nur ein kleiner Prozentsatz von Arbeiterinnen der Fortbildung teilhaftig wird. Man will man in Deutschland ernstlich daran gehen, den gewerblichen Arbeiterinnen, ebenso wie den Arbeitern, die gewerbliche Fortbildungsschule zu öffnen. Diese Bestrebungen sind sehr zu begrüßen, und wir wollen nicht verhehlen, daß wir Arbeiterinnen dankbar dafür sind, wenn uns von Reichs wegen endlich einmal Gelegenheit geboten wird, ein Anrecht auf die Fortbildungsschule, die bisher nur der männlichen Jugend geöffnet war, zu erhalten. Es scheint aber, als ob der Einführung der weiblichen Fortbildungspflicht schwere Hindernisse entgegenstehen. In dieser Ansicht wird man noch bestärkt, wenn man liest, daß unsere Arbeitgeber sich mit dieser Frage befaßt haben und zwar in einer Weise, die uns Arbeiterinnen nicht gleichgültig sein kann: Die Handelskammer zu Elberfeld hat Anfang April an den Reichstag folgende Eingabe gerichtet:

„Zeitungs- und Nachrichten zufolge hat die 12. Kommission des Reichstages bei der Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung zum § 120 nicht nur der Einführung der Fortbildungspflicht für gewerbliche Arbeiterinnen durch Ortsstatut zugestimmt, sondern darüber hinaus noch beschlossen, daß die Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschule auch durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde ausgesprochen werden kann, wenn ungeachtet einer von ihr an die beteiligten Gemeinden erlassenen Aufforderung der Erlass des Ortsstatuts nicht erfolgt. Im Interesse der Ju-

Industrie unseres Bezirks, namentlich der Textilindustrie, sprechen wir uns entschieden gegen diese Beschlüsse aus und bitten den Hohen Reichstag ergeben, sie abzulehnen. Zunächst ist nicht zu erkennen, welches Bedürfnis für den Besuch der Fortbildungsschule bei den gewerblichen Arbeiterinnen vorhanden sein und welchen Nutzen sie daraus ziehen sollten. Es handelt sich bei den Arbeiterinnen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, um einfache Hantierungen, die in der Praxis abgelesen werden und für die ihnen die Schule nicht das mindeste bieten kann, nicht aber, wie bei einem großen Teile der männlichen Arbeiter, um eine theoretische Ergänzung der praktischen Lehre. In Betracht gezogen muß außerdem werden, daß ein großer Teil der Arbeiterinnen die Arbeit nicht als Lebensberuf betreibt, sondern nach Eingehung der Ehe aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet. In Frage kommen könnte höchstens eine hauswirtschaftliche Ausbildung der Arbeiterinnen. Es kann aber dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden, für diese Ausbildung, die rein privatwirtschaftlichen Zwecken der Arbeiterinnen dient, Opfer an Arbeitszeit und Geld zu bringen. Weiter ist zu beachten, daß die Einführung der Fortbildungsschulpflicht für Arbeiterinnen überall dort, wo reichlich weibliche Arbeitskräfte vorhanden sind, dazu führen wird, fortbildungsschulpflichtige Arbeitskräfte nicht einzustellen, so daß eine Schädigung dieser Arbeiterinnen die Folge sein würde. In Bezirken, in denen wie hier im Wuppertal Mangel an weiblichen Arbeitskräften herrscht, würde die Schulpflicht die Industrie auf schwerste benachteiligen, da zu der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden nun noch die weitere Verkürzung durch die Unterrichtsstunden kommen würde, da man natürlich, wie bei den männlichen Arbeitern, bestrebt sein wird, den Unterricht in die Arbeitszeit zu verlegen. Gerade die Industrie unseres Bezirks und die hier vorherrschende Textilindustrie sind in besonderem Maße auf weibliche Arbeitskräfte angewiesen und würden sich in dem ohnehin schwierigen Wettbewerb auf dem Weltmarkt mit ausländischen Industrien, die keine sozialpolitischen Lasten und Betriebsbeschränkungen zu tragen haben, noch weiter benachteiligt sehen. Eine Schädigung der Industrie wird aber immer ihre ungünstige Rückwirkung auch auf die Arbeiterinnen üben müssen. Dazu kommt, daß ein Teil der in Frage stehenden Arbeiterinnen in Akkord arbeitet, also aus der durch den Schulbesuch entstehenden Arbeitsversäumnis unmittelbaren Schaden hat.

Anßerdem haben wir noch eine Petition, die aus den Kreisen der Papier verarbeitenden Industrie und des Papierhandels stammt, hier als Beleg anzuführen, wie man in Industrievereinen die Fortbildungsschulpflicht der Arbeiterinnen beurteilt. Sie lautet:

Nachdem seit dem 1. Januar d. J. die tägliche Höchst-arbeitszeit für Arbeiterinnen auf 10 Stunden früher 11 Stunden beschränkt worden ist, haben sich viele Papierverarbeitungs-betriebe, die durchschnittlich ein Drittel männliche und zwei Drittel weibliche Arbeiter beschäftigen, gezwungen, etwa ein Zehntel mehr weibliches Arbeitspersonal als vormals einzustellen, um die frühere Produktionsleistung aufrecht zu erhalten. Da auch fast alle anderen Industrien, welche vormals eine durchschnittliche 11stündige Arbeitszeit hatten und seit dem 1. Januar d. J. auf 10 Stunden zurückgehen mußten, ebenfalls etwa ein Zehntel weibliches Arbeitspersonal mehr beschäftigen müssen, sind wenig oder gar keine arbeitslosen Mädchen (soweit sie auch als arbeits-willige Mädchen anzusehen sind) vorhanden und es kann deshalb für die fortbildungsschulpflichtigen Mädchen überhaupt kein Ersatz gefunden werden, so daß in einzelnen Städten heute schon empfindliche Betriebsstörungen wegen Arbeiterinnenmangel eintreten.

Diese Darlegungen sind sehr interessant und vom einseitigen Arbeitgeberstandpunkte aus gewiß zu verstehen. Aber wir sind der Ansicht, daß die gewerbliche Fortbildung noch von einer anderen Seite beurteilt werden muß, und deshalb wird es gut sein, wenn auch wir Arbeiterinnen uns diese Einwendungen genauer ansehen.

In der Eingabe der Handelskammer zu Elberfeld wird vor allem betont, daß es nicht zu erkennen sei, weshalb die gewerblichen Arbeiterinnen eine Fortbildungsschule besuchen sollten, da es sich zumeist um „einfache Hantierungen“ handelt, für welche die Schule nicht das mindeste bieten könne. Unsere Textilindustrie und ihre Arbeiter wie Arbeiterinnen vielfach die ganz gleichen „einfachen Hantierungen“ zu verrichten haben — und doch wird man nicht sagen können, daß den betreffenden Arbeitern, die die Fortbildungsschule besucht haben, der Besuch der Schule vollständig nutzlos für ihr berufliches Leben gewesen wäre. Andererseits werden von unseren Textilarbeiterinnen heute doch vielfach Leistungen verlangt, die nicht als einfache Hantierung bezeichnet werden können, die im Gegenteil mühsamer sehr kompliziert sind. Gerade die Elberfelder Bekleidungsindustrie, die Arbeit auf Seide, Sammet u., die das weibliche Personal zu verrichten hat, erfordert mehr als einfache Handgriffe, sie erfordert Sachkenntnis, Akribie bei der Arbeit und oft viel Geschicklichkeit. Das gleiche Verhältnis ist in der Tuchindustrie; die schwierigsten, peinlichst genauen Arbeiten haben da die Frauen und Mädchen zu machen. Man reflektiert doch nicht umsonst in der Tuchweberei und vorzugsweise in der Stöpperei auf tüchtige Arbeiterinnen. Dann haben wir unsere zahlreichen Arbeiterinnen in der Leinwandindustrie; auch da wird mehr verlangt, als zumeist einfache Hantierungen. Wir verweisen nur auf die kunstvollen Näharbeiten für feinste Sachen, die doch nicht weniger „Sachkenntnis“ voraussetzen. Wohl ist uns Arbeiterinnen bekannt, daß uns hier auch vielfach mechanische Einrichtungen zu Gebote stehen, aber die Hauptarbeit hat immer die Person dabei zu leisten, von der man ja auch die Verantwortung verlangt. Wir könnten noch auf die verschiedensten Zweige unserer Industrie verweisen, wo unsere Textilarbeiterinnen mit vollem Interesse bei der Arbeit sein müssen, wenn sie gut sein soll; ja, wir möchten sogar behaupten, daß eine Arbeiterin, die nur hantiert, die also nicht mit ihrer vollen Verantwortlichkeit tätig ist — dem Arbeitgeber meist nur Verdruß bereitet!

Deshalb wollen wir feststellen, daß es sich nicht um wenige Ausnahmen handelt, die keine einfachen Hantierungen

vornehmen — sondern daß sogar ein beträchtlicher Prozentsatz der Textilarbeiterinnen eine nicht zu unterschätzende Stellung in diesem Produktionsgebiet einnimmt. Wir glauben deshalb auch bestimmt, daß gerade für diese der Besuch einer Fortbildungsschule von großem Vorteil sein müßte, daß sie den Arbeiterinnen auch eine notwendige theoretische Ergänzung der praktischen Lehre würde. Ganz sicher wäre es eine sich lohnende Aufgabe, wenn unseren Arbeiterinnen gewerbliche Schulung zuteil würde — nicht zum wenigsten lohnend für die Arbeitgeber selbst!

Fanny Harder.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die Pflicht zur Wahrheit. Eine der vornehmsten Grundlagen einer Bewegung, die auf dauernden Bestand Anspruch machen und hoffen will, ist die, daß die Bewegung wahr und ehrlich sei. Die Arbeiterbewegung wird nicht dadurch groß, daß sie die Bestrebungen anderer Volksklassen verkleinert, um selbst größer zu erscheinen. Lügen haben bekanntlich, nach der Volksweisheit, kurze Beine. Das trifft mehr wie sonst noch zu beim „Sich in die eigene Tasche-Lügen“. Der's tut, weiß genau, daß er dadurch um keinen Pfennig reicher geworden — wohl aber moralisch ärmer und meist auch ärmer in den Augen der anderen.

Dr. Sonnenschein verlangt in seinem bekannten Vortrag über „Ideelle Werte in der christlichen Gewerkschaftsbewegung“ Erziehung zur Anerkennung der Tüchtigkeit, wo sie vorhanden ist; ebenso auch zur Anerkennung einer etwaigen Notlage anderer. Das sei durchaus nicht gleichbedeutend mit einer Milderung des Klassencharakters der Gewerkschaften. Wenn eine Bewegung, so fährt er aus, lügen, anschwärzen, herabziehen muß, dann ist das ein Zeichen dafür, daß sie nicht auf der Höhe steht. Sie ist nicht wahr. Sie muß so stark sein, daß sie auch ehrlich und wahrlich sein kann, daß sie auch den eigenen Mitgliedern über diese Dinge die Wahrheit sagen kann. Sonst — hätte er beifügen können — hat sie kein Anrecht auf das Bestehen, keine Existenzberechtigung. Weil eben die Träger hoch sind, auf die sie sich stützt.

Eine wahre Arbeiterbewegung kann aber auch die Erziehung zur Wahrheit über die Arbeiterbewegung in den anderen Volksklassen verlangen. Und daran hat ja die Arbeiterbewegung das denkbar größte Interesse. In der heutigen mangelhaften sozialen Erziehung der sogenannten besitzenden Stände liegt eins der größten Hindernisse für die volle Durchsetzung des Arbeiterstandes im gesamten öffentlichen Leben.

Seien wir wahr, um von anderen Wahrheit und ehrliche Anerkennung verlangen zu können. Unsere Sache sollte uns zu hoch stehen, um zu Mitteln zu greifen, die der Kritik nicht stand halten. Es ehrt schließlich die Träger der Bewegung am meisten, wenn ihr Spiegel in jeder Beziehung blank ist!

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit lautet bekanntlich die Formel, mit der die Sozialdemokraten die Menschen glücklich machen wollen. Diese schönen Dinge werden allerdings von niemanden mehr mit Füßen getreten, als von den Genossen. Das wird mal wieder trefflich bewiesen durch eine — Sozialistin.

Die Gemahlin des früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Heinrich Braun hat einen Band ihrer „Denkwürdigkeiten“ erscheinen lassen. Frau Lilly Braun gibt darin ihre Erfahrungen zum besten, die sie mit der Partei der Brüderlichkeit gemacht hat. Als Lilly Braun sich in Stuttgart in Reich und Glied stellen wollte mit den sozialistischen Frauen, wurde ihr von Klara Zetkin bedeutet: „An ein Zusammenarbeiten von uns und Ihnen ist natürlich gar nicht zu denken.“

Bei der Journalistenfahrt nach England wurde Lillys Name aus der offiziellen Rednerliste gestrichen. Als sie sich darüber beschwerte, wurde Klara Zetkin derartig wütend, daß ein Genosse eingegriffen mußte. „Klara wollte „Lilly“ verholzen. Frau Braun beschwerte sich mal bei Auer über die Genossinnen, der aber meinte:

„Glauben Sie mir alten Knaster: so lange ich denken kann, war bei den Frauen kein derselbe Krakeel, und wenn ich schon lange modre, wird's ebenso sein. Sie haben alle Untugenden der Unterdrückten in konzentrierter Form, und schwingt man nicht wie die Panda (Klars Zetkin) beständig die Kratte, so hat man verspielt. Seien Sie versichert, schon Ihr Aussehen vergeben Ihnen die Weiber nie.“

Auch mit Viktor Adler, dem österreichischen „Bebel“ sprach Frau Braun über ihre Absicht, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, der jagte gerade heraus: „Bleiben Sie draußen: eine Skolodilschank gehört dazu — ich zweifle, daß Sie die haben.“ — „Und wenn ich Sie hätte?“ — „Dann ja, dann tragen Sie wie wir Ihre Knochen auf den Markt der Partei.“

Bei Liebesrecht ging es ihr nicht besser, der meinte, als sie zum ersten Male zu ihm kam mit gutmütigem Spott in den Augen: „Soll ich einen wirklich freundschaftlichen Rat geben? Kümmern Sie sich nicht um die Frauen, wenn Sie etwas erreichen wollen. Die sind noch rückfälliger als die Männer, können auch gar nicht anders sein. Wo sollen sie auch die Erkenntnis hernehmen, die armen Weiber?“

Indes hat Frau Braun nicht allein über die Genossinnen zu klagen. Auch die „zielbewußten“ Marxistinnen begegneten ihr mit Mißtrauen, war sie doch die Frau eines Revisionisten. Der englische Sozialist Bernhard Shaw erklärte ihr einmal: „Die deutsche Partei ist von nichts freier als von — Freiheit — . . . Freiheit vom Dogmenglauben ist einer der Grundprinzipien des echten Sozialismus. Der Wille zur Macht ist ein

anderes — die Deutschen machen den Willen zur Phrase daraus.“

Ihre Meinung über die Gleichheit und Brüderlichkeit in der Sozialdemokratie setzte Frau Braun den Erfahrungen gemäß, die sie sammelte, folgendermaßen zusammen.

„Mit der Gleichheit aller im Sinne gleichen Wertes und gleicher Entwicklungsfähigkeit, mit der Brüderlichkeit im Sinne gegenseitigen Verständnisses führen wir die Massen irre. Als ob die Natur, die jeden Grassalm vom andern unterschied, den Menschen nicht noch eine reichere Mannigfaltigkeit ermöglichen sollte; — als ob wahre Brüderlichkeit nicht immer tiefer, dafür aber immer tiefer würde, je mehr wir uns entwickeln! Natürliche Schranken respektieren, statt sie niederzureißen. — Distanzen anerkennen, statt sie mit Phrasen zu überbrücken, — das wäre unsere Aufgabe! Stattdessen ziehen wir unter der Maske der Brüderlichkeit den Dünkel groß, rotten die Ehrfurcht vor den Helden des Geistes aus, so daß schließlich jeder Hohnarr einen Goethe Bruder nennt.“

Der Sozialdemokratie wird also aus dem eigenen Lager nachgewiesen, daß ihr Gerebe von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit eine offensichtliche Unwahrheit ist. Sie ist um so schlimmer, wenn man bedenkt, daß hunderttausende armer Arbeiter in bewußter Weise irreführt und beschwindelt werden und betrogen sind um ihr Lebensglück. Sie jagen einem Phantom nach, das in seiner Wechselwirkung dem Opiumrauch des Chinesen gleich zu achten ist. Wie lange noch?

Die Gebildeten und die christlichen Gewerkschaften. Ihrer ganzen Grundanschauung und Zwecksetzung nach haben die christlichen Gewerkschaften alles Interesse daran, daß in den sogenannten gebildeten Kreisen Verständnis für ihre Ideen und Bestrebungen geweckt wird. Haben sie es doch oft genug zu beklagen und beurteilen, daß sie mit den sozialdemokratischen Verbänden einfach in „einen Topf“ geworfen werden. Und doch trennt die christlichen Gewerkschaften von den „freien“ Organisationen eine ganze Weltanschauung, und zwar die Weltanschauung im weitesten Sinne genommen. Die christliche Arbeitererschaft will nicht die klassenmäßige Abschließung von den anderen Ständen, nicht den rücksichtslosen Klassenkampf, sondern die Einordnung ihres Standes in die Gesellschaftsordnung, sie wünscht die gemeinsame Pflege aller vaterländischen und kulturellen Interessen mit dem übrigen Bürgertum.

Aus diesen Gründen muß man es freudig begrüßen, daß in einem Teil der Tageszeitungen in der vorigen Woche Artikel gebracht wurden, die die sogenannten gebildeten Kreise an ihre Pflicht gegenüber der modernen Arbeiterbewegung erinnern soll. Die Artikel tun das hauptsächlich aus zwei Gesichtspunkten heraus: Die Monopolbestrebungen der „freien“ Gewerkschaften und die sozialdemokratische Jugendagitation. Durch die infolge der Entwicklung der tariflichen Verhältnisse begünstigten Monopolbestrebungen der „freien“ Verbände mit ihren zwei Millionen Mitgliedern wurden die breiten Arbeitermassen vor die Wahl gestellt: Entweder rot oder kein Brot. Das einzige erfolgreiche Mittel gegen eine derartige Monopolisierung des Arbeitsmarktes durch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ist die Stärkung der christlichen Gewerkschaften.

Das Bedeutende in der Jugendbewegung liegt darin, daß die Sozialdemokratie systematisch dazu übergeht, die Jugend für ihre Bestrebungen zu gewinnen. Durch das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften auf diesem Gebiete stehen der Jugendagitation geradezu unbegrenzte Mittel zur Verfügung, moralischer sowohl wie auch finanzieller Natur. Daraus erklären sich die Erfolge dieser Agitation, die in gut zwei Jahren sie zu einem nicht zu unterschätzenden Konkurrenten der nicht-sozialdemokratischen und namentlich der konfessionellen Jugendbewegung gemacht haben. Heute zählt das Organ der sozialdemokratischen Jugendbewegung, die „Arbeiterjugend“, an 55 000 Abonnenten. Das Ziel der ganzen Bewegung ist die Erziehung der Jugend für den Klassenkampf mit all seinen autoritäts- und religionsfeindlichen Konsequenzen.

Demgegenüber ist die Sammlung aller christlichen Arbeiter eine eiserne Notwendigkeit. Wie können nun die gebildeten Stände an dieser Sammlung der christlichen Arbeiter mitwirken? Antwort:

„Dadurch, daß sie die Vorurteile und das Mißtrauen, das den christlichen Gewerkschaften noch in weiten Kreisen entgegengebracht wird, mit auszuräumen versuchen. Die Zeit ist viel zu ernst, als daß man einer gesunden Bewegung die Ausbreitung erschweren dürfte, in einer Periode, wo die sozialdemokratische Bewegung mit Riesenschritten voranschreitet. Die Gebildeten sollten sich vornehmlich auch in den Dienst der Versammlungstätigkeit setzen und hier auf die Gefährlichkeit der Situation aufmerksam machen, die durch die zunehmende Tätigkeit der Sozialdemokratie für die gläubigen Volkskreise heraufbeschworen wird, wenn nicht die christlich gesinnten Arbeitermassen gesammelt werden und damit zur Stärkung der Stoßkraft der christlichen Gewerkschaften gegenüber den sozialdemokratischen beitragen.“

Auch an die Arbeitgeber wendet sich der Artikel. Die katholischen Arbeitgeber (der Artikel erschien in katholischen Zeitungen),

„die schließlich der Einführung der christlichen Organisationen glauben Schwierigkeiten machen zu sollen, erzielen damit, wie die Erfahrung gelehrt hat, in sehr vielen Fällen nur, daß in kurzer Zeit die betreffenden Arbeiter der sozialdemokratischen Agitation anheimfallen und einer Bewegung verloren gehen, die wie die christliche Gewerkschaftsbewegung, auch dem Staat und dem Unternehmertum in grundsätzlich anderer Weise gegenübersteht, als die sozialdemokratische.“

Wenn allseitig der gegenwärtigen Lage in der deutschen Arbeiterbewegung mit dem erforderlichen Ernst ins Auge gesehen würde, und jeder an seinem Platze sich entsprechend betätige, könnten in den nächsten Jahren in weiten deutschen Vaterlande zehntausende von Arbeitern den christlichen Gewerkschaften zugeführt werden. Ohne die betreffende Arbeit gebildeter Stände würden weitere

Arbeiterkreise nur zu leicht teilnahmslos gegenüber den großen Entscheidungskämpfen in der deutschen Arbeiterbewegung beiseite stehen und so, wenn auch unbeabsichtigt, das Uebergewicht der sozialdemokratischen gegenüber der christlichen Gewerkschaftsbewegung verstärken helfen oder schließlich gar in absehbarer Zeit zur Mitgliedschaft in sozialdemokratischen Verbänden mittels Monopolverträgen gezwungen werden.

Offentlich fallen diese Gedanken auf fruchtbaren Boden. Mögen namentlich die gebildeten Kreise die Notwendigkeit einer entschiedenen gewerkschaftlichen Arbeiterinteressenvertretung auch allein vom Standpunkte des Arbeiters aus einsehen lernen. Würden dann viele Arbeitgeberkreise — und die katholischen gewiß nicht ausgenommen — die Gewerkschaften als die berechtigten Vertreter der Arbeiter anerkennen, wäre wirklich viel gewonnen.

Der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen hat laut Rechenschaftsbericht für 1910 eine Mitgliederzunahme von 497 im Berichtsjahre zu verzeichnen gehabt. Ende des Jahres zählte er 3963 Mitglieder. Die Einnahmen des Verbandes beliefen sich auf 70202 M., die Ausgaben betragen 64823 M., der Vermögensbestand am Jahresabschluss in der Hauptklasse 25103 M., in den Lokalkassen 11003 M., zusammen 36106 M. Wie aus einer statistischen Uebersicht über die Entwicklung des Verbandes seit dessen Gründung hervorgeht, ist das Verbandsvermögen von Jahr zu Jahr stetig gestiegen. Lohnbewegungen sind im Berichtsjahre 26 geführt worden, die alle mit dem Abschluß eines Tarifvertrages endeten. Am Jahresabschluss war der Verband an insgesamt 94 Tarifverträgen beteiligt, die sich auf 4536 Firmen mit 35259 Arbeitern erstrecken. Von den Verbandsmitgliedern arbeiten 3186 oder 80% unter tariflichen Arbeitsbedingungen. Durch die Lohnbewegungen wurde für 737 Mitglieder eine jährliche Lohnaufbesserung von 76395 M. erzielt. Das ist wirklich erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit.

Die materiellen Erfolge der christlichen Gewerkschaftsarbeit im Jahre 1910 kommen zunächst in den gewonnenen Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen zum Ausdruck. Der Jahresbericht des Generalsekretariats bringt darüber eine interessante und lehrreiche Tabelle, lehrreich besonders auch für die, die an den Nutzen der Gewerkschaften immer noch nicht glauben wollen. Die Tabelle enthält nur einen Teil der materiellen Errungenschaften:

Berufe	Es wurden erzielt			
	Für Wital	Lohnerhöhung pro Woche	Für Wital	Arbeitszeitverl. pro Woche
Textilarbeiter	4 025	1,00—4,00	608	1—5
Bauarbeiter	33 239	0,25—1,25 ¹⁾	4 004	3—6
Metallarbeiter	4 417	0,30—9,70	788	1/2—14
Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-Arbeiter	5 826	1,20—3,00	1 666	1 1/2—6
Holzarbeiter	5 255	0,60—5,40	2 139	1—6
Labararbeiter	1 106	0,25—3,60	—	—
Keramarbeiter	2 543	0,90—5,00	270	2—9
Lederarbeiter	1 050	1,00—3,00	1 409	2—6
Schneider	737	1,60—2,00 ²⁾	—	—
Maler	2 816	1,08—2,70 ³⁾	1 255	1/2—6
Graph. Zentralverband	549	1,70—2,00 ³⁾	181	3

1) Von den Errungenschaften der großen Bauarbeiterbewegung sind nur diejenigen angedeutet, die noch im Laufe des Jahres 1910 in Kraft getreten sind. 2) Durchschnittlich. 3) Auch hier ist nur auf die 1910 in Kraft tretenden Errungenschaften Rücksicht genommen.

In dieser Tabelle sind, wie gesagt, längst nicht alle Erfolge einberechnet. Die Verichterstattung der Zahlstellen an ihre Zentralverbände ist nicht, wie sie sein sollte. Abwehr von angefügten Verfallschertungen, Verbesserung der gesundheitlichen Zustände, Verbesserung der zu verarbeitenden Rohmaterialien, Vergütung für Warten auf Material, prinzipielle Erfolge auf dem Gebiete der Arbeiterrechte usw. können schlecht oder gar nicht statistisch erfaßt werden, es können ferner schlecht statistisch erfaßt werden alle die zahlreichen materiellen Erfolge, die für die Mitglieder durch die verschiedenartigen Verbesserungen in ihren Arbeitsverrichtungen erreicht wurden.

Für den Individualismus oder „Agläubigen“ sind diese Zahlen außerordentlich lehrreich, für den christlichen Gewerkschafter aber eine freudige Genugtuung für seine Arbeit, ein schöner Hinweis auf unser Ziel, ein neuer Ansporn zu neuer gewerkschaftlicher Arbeit.

Die Arbeitgeberorganisation in der deutschen Textilindustrie. Das Reichsarbeitsblatt bringt in Nr. 6 die neueste Statistik über die Arbeitgeberverbände im deutschen Reich zu Beginn des Jahres 1911. Dieser Statistik entnehmen wir nachstehende interessante Angaben über den Stand Arbeitgeberorganisationen in der Textilindustrie. Es waren zu Beginn dieses Jahres vorhanden: 3 Reichsverbände, (Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie, Sitz Aachen, Arbeitgeberverband deutscher Jute-Industrieller, Sitz Braunschweig, und Arbeitgeberverband für die deutsche Posamenten-Industrie, Sitz Elberfeld), 18 Landes- oder Bezirks- und 70 Ortsverbände. Von diesen insgesamt 91 Gruppen hatten 42 nähere Angaben über die Zahl der ange-schlossenen Mitglieder und nur 39 solche über die Zahl der beschäftigten Arbeiter gemacht. Erstere betrug demnach 3302, letztere 492829. Von den 91 Verbänden beschäftigten sich 5 nur allgemein, 86 dagegen speziell mit dem Verhältnis zwischen ihren Mitgliedern und den Arbeitern.

Erwähnt zu werden verdient noch, daß gegenüber den von 39 Verbänden beschäftigten 492829 Arbeitern,

die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Textilindustrie nur 17000 beträgt. Für uns eine ernste Mahnung, auch fernerhin noch rastlos am Ausbau unseres Verbandes zu arbeiten.

Als außerordentlich Kleinlich bezeichnet Kollege Stegerwald in dem Berichte über die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910 die Auffassung, als ob durch gesetzliche Maßnahmen gegen die Gewerkschaften die deutsche Industrie gestützt werden könnte.

Wir gehen mit den Industriellen darin einig, daß der deutschen Industrie in Gegenwart und Zukunft sehr bedeutsame Aufgaben obliegen; sie soll in der Hauptsache alljährlich 900000 Personen — so groß ist der deutsche Bevölkerungszuwachs — die Existenzmöglichkeit verschaffen. Weiter ist die Stellung verschiedener deutscher Industriezweige in dem internationalen Konkurrenzkampfe eine außerordentlich schwierige. Trotzdem müssen wir die Auffassung, als ob durch gesetzliche Maßnahmen gegen die Gewerkschaftsbewegung die Stellung der deutschen Industrie gestützt und ihre Weiterentwicklung sichergestellt werden könne, als eine außerordentlich Kleinliche bezeichnen; sie steht zu dem von unseren deutschen Industriekapitänen entwickelten Unternehmungsgeist, der es mit allen Schwierigkeiten aufnimmt, in striktem Gegensatz.

In einer Zeit, in der man für die Industrie staatlichen Schutz gegenüber dem Auslande und für ihre Parteilierung größtmögliche Bewegungsfreiheit fordert und selbst vom Staate verlangt, daß er sich mit seinen gewerblichen Unternehmungen den Industriekartellen (Kohlen-syndikat) anschließe — in solcher Zeit müssen Forderungen von der gleichen Seite nach Einengung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterorganisationen vermittels der Gesetzgebung geradezu als absurd bezeichnet und zurückgewiesen werden. Solange die Unternehmer der Großindustrie nicht den ehrlichen Willen gezeigt haben, sich auf eine Verständigung mit den Arbeiterorganisationen einzulassen, müssen sie jedenfalls sich des Gedankens entschlagen, daß ihr gegen die Arbeiterorganisationen gerichteter Appell an die Gesetzgebung etwa als eine allgemeine volkswirtschaftliche Notwendigkeit anzusehen oder zu bewerten sei. Den deutschen Industriellen wird vielmehr nichts anderes übrig bleiben, als daß sie sich mit Vertretern der Arbeiterorganisationen an einen Tisch setzen und ihnen eventuell von Fall zu Fall den Nachweis bringen, daß hinsichtlich dieser oder jener Forderung die Möglichkeit fehlt, sie jeweils zu realisieren. Dann werden sie finden, daß auch in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft Verständnis für die Stellung der deutschen Industrie anzutreffen ist und daß die sogenannten „Forderungen im Interesse der Agitation“ zu einem sehr großen Teile zurückgedrängt werden und aus den Versammlungen verschwinden. Durch die Herbeiführung einer solchen Sachlage wäre dann auch dem sogenannten „Demagogentum“ in der Arbeiterbewegung am wirksamsten das Konzept verborben. Andererseits müssen sich die Unternehmer damit abfinden, daß die Bestrebungen der Arbeiter nach einem größtmöglichen Anteil an den Erträgen unserer Produktion und Gesamtentwicklung gerechtfertigt sind und sich nicht mehr gewalttätig zurückdrängen lassen. Das hieße schließlich unser gesamtes Kulturniveau zurückdrängen, was ein vergebliches Beginnen wäre.

Ein neuer „wissenschaftlicher“ Kritiker der christlichen Gewerkschaften ist unter den Genossen in der Person des Herrn Paul Kampffmeyer aufgestanden. Die erste Nummer der „Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung“, die von dem revisionistischen und von seinen Genossen so viel verfolgten Sozialisten H. Braun herausgegeben wird, stellt sich Kampffmeyer als Mundschauer für die Gewerkschaftsbewegung vor. Die Zeitschrift hat sich die „wissenschaftliche Behandlung der sozialen Politik und sozialen Gesetzgebung zur Aufgabe gemacht“. Sehen wir zu, wie Kampffmeyer dieser wissenschaftlichen Aufgabe gerecht wird. Wir wollen nur einige Punkte herausgreifen, die die Dinge genügend illustrieren.

Der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Tätigkeit rückt in Deutschland mehr in die freien Gewerkschaften. Denn die Hirsch-Dunderschen Organisationen können nicht vom Fleck und die christlichen Gewerkschaften tragen greifbare Zeichen des Verfalls. Bei diesen „greifbaren Zeichen des Verfalls“ haben die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910 um 35 Tausend und in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres um 25 Tausend Mitglieder zugenommen.

An den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften interessieren sich zunächst immer mehr hervortretende politische Tendenz und Hinneigung zur reinen proletarischen Klassenolidarität. Sie hätten sich im vergangenen Jahre oft als wirkliche Arbeitergewerkschaften erwiesen, die das Prinzip der proletarischen Klassenolidarität nicht verlegen.

„Ganz anders dagegen die christlichen Gewerkschaften, die theoretisch den Gewerkschaftspunkt verleugneten und praktisch den gewerkschaftlichen Arbeitern durch Organisation des Streikbruchs direkt in den Rücken fielen.“

Dann „beweist“ der „wissenschaftliche“ Kritikus, daß die christlichen Gewerkschaften nur aus politischen und religiösen Gründen von Zentrumspolitikern und Geistlichen gegründet wurden, daß sie ihre Intentionen von katholischen Theologen erhielten. (Wieder-lad-Weich.) Im nachfolgenden Absatz „beweist“ er aber ebenso „tiefergründig“, daß die christlichen Gewerkschaften vom Tage ihrer Geburt an heftig gegen die geistlichen Einflüsse kämpften mußten. Seine „Wissenschaftlichkeit“ zeigt Kampffmeyer aber noch besser in folgendem Satze, wo er in die Geschichte der christlichen Gewerkschaften tiefer hinabsteigt. Er schreibt:

„Schon 1894 waren berufliche Fachabteilungen innerhalb der katholischen Arbeitervereine ins Leben gerufen worden. Zwischen diesen Fachabteilungen und den christlichen Gewerkschaften tobte jahrelang ein leidenschaftlicher, mit den Waffen gemeinfter Beschimpfung und niederträchtigster Verleumdung geführter Kampf.“

Paul Kampffmeyer, hättest du diesen „wissenschaftlichen“ Artikel nicht geschrieben, wärest du Philosoph gewesen, hättest dir dann auch die Blöße nicht gegeben, daß du von der Geschichte der christlichen Gewerkschaften gar nichts verstehst. Der neue „wissenschaftliche“ Kritikus wirft nämlich die Dinge etwas arg durcheinander. Aus den in den neunziger Jahren gebildeten Fachabteilungen in den kath. Arbeitervereinen sind vielerorts die christlichen Gewerkschaften hervorgegangen. Ihre Mitglieder waren in den meisten Fällen diejenigen, die christliche Gewerkschaftsorganisationen ins Leben riefen und deren eifrigsten Förderer waren. Die katholischen Fachabteilungen, mit denen die christlichen Gewerkschaften jahrelang in Fehde lagen, sind etwas ganz anderes, erst eine Blüte unseres „goldenen“ Jahrhunderts. Das hat Kampffmeyer aber nicht gewußt und dennoch darüber geschrieben. Im weiteren Verlaufe des Artikels zeigt er „die Unterwerfung der christlichen Gewerkschaften unter die Bischöfe“, alles „olle Kamellen“, die wir viel besser schon vor Monaten in der politischen Tagespresse gefunden haben.

Kampffmeyer hat über manche Gebiete, z. B. die Arbeiterversicherung, recht gute und lehrwerte Abhandlungen geschrieben. Mit seinem Artikel über die christlichen Gewerkschaften aber ist er schmähtlich abgefallen und die wissenschaftlichen Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung haben sich damit sehr schlecht eingeführt.

Ganz dieselben — ganz dasselbe. Partei und Gewerkschaften sind eins. Die „Leipziger Volkszeitung“ sagt es zum Ueberflusse wieder einmal in ihrer Nr. 140 vom 21. Juni in einem Artikel über „Gewerkschaftsschule und Parteischule“. Sie schreibt:

„In der letzten Zeit sind sowohl aus Parteikreisen wie aus Gewerkschaftskreisen mehrfach Stimmen laut geworden, die eine Verschmelzung oder wenigstens eine solche Kombination der beiden Bildungsinstitute der Arbeiterbewegung (Parteischule und Gewerkschaftsschule, D. N. d. L.) verlangen, die den in der Partei wie in den Gewerkschaften tätigen Genossen ihre gleichmäßige Benutzung gestatten würde. Der Grundgedanke, von dem dieses Verlangen diktiert war, ist vollkommen richtig. Er entspringt der Einsicht, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie als politische Partei doch nur zwei verschiedene Formen, zwei Zweige der modernen Arbeiterbewegung darstellen, die erst zusammen, in ihrer gegenseitigen Ergänzung den Bedürfnissen und den Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes gerecht werden, die aber auch nur auf einer und derselben theoretischen Grundlage gedeihen und erblühen können. Es gibt keine besondere wissenschaftliche Theorie der Gewerkschaftsbewegung und eine solche der sozialdemokratischen Bewegung. Es ist eine und dieselbe Lehre vom Klassenkampf, eine und dieselbe nationalökonomische Einsicht in die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft, eine und dieselbe Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung, die das geistige Rüstzeug unserer Gewerkschaften in ihrem Kampfe wie unserer Partei bilden. Die deutschen freien Gewerkschaften wie die deutsche Sozialdemokratie sind beide in ihrer heutigen Gestalt Produkte der Marxschen Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus, und es ist nur die verschiedene Nutzenanwendung dieser Lehre, was die Praxis des Gewerkschaftskampfes von dem politischen Kampf der Sozialdemokratie unterscheidet. Daß dieselbe theoretische Ausbildung sowohl für jeden tüchtigen und den heutigen Anforderungen des Kampfes gewachsenen gewerkschaftlichen Agitator, wie für jeden schlagfertigen Parteitagator erforderlich sind, ergibt sich also aus dem Wesen der Sache selbst und aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“

Wenn die „freien“ Agitatoren unter nichtsozialdemokratischen Arbeitern agitieren, lautet das Sprüchlein ganz anders.

Dem „neutralen“ Buchdruckerverbände widmet der Jahresbericht des Generalsekretariats der christlichen Gewerkschaften ein kleines Gedichtchen. Der der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften ange-schlossene Verband deutscher Buchdrucker wurde jahrelang als die „einzig neutrale Arbeiterorganisation“ hingestellt und deshalb bis vor kurzer Zeit von der gesamten Öffentlichkeit und den sozialwissenschaftlichen Kreisen einseitig begünstigt. Der frühere Redakteur des Buchdrucker-torrespondent, Reyhäuser, hatte, meist aus persönlichen Gründen, sich zeitweise mit einzelnen leitenden Personen der Sozialdemokratie und einigen sozialdemokratischen Blättern auseinandergesetzt, und weil dies von der Gepflogenheit der übrigen sozialdemokratischen Gewerkschaftspressen, die nur ausschließlich die bürgerlichen Parteien bekämpft, abwich, war es für weite Kreise Grund genug, den Verband deutscher Buchdrucker als neutrale Organisation anzusehen. Die Wirksamkeit des Verbandes war indes schon seit vielen Jahren von einer wohlverstandenen gewerkschaftlichen Neutralität sehr weit entfernt. Der Verband deutscher Buchdrucker gehört schon seit 20 Jahren der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften an; diese Generalkommission arbeitet, seitdem die sozialdemokratische Partei auf dem Mannheimer Parteitag mit ihren Gewerkschaften offiziell Frieden geschlossen hat, in allen größeren Fragen mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand einträchtig zusammen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften beschließen gemeinsam und zu gleichen Teilen die internationalen Sozialistenkongresse; sozialdemokratischer Parteivorstand und Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften beraten gemeinsam über die Mittel zur Beseitigung des preussischen Landtagwahlrechtes; Parteivorstand und Generalkommission und in den einzelnen

Orten die aus der sozialdemokratischen Partei und den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu gleichen Teilen zusammengesetzten Ausschüsse wirken einträchtig zusammen zur Erziehung der Jugend im sozialistischen Sinne; die Ortsstellen der sozialdemokratischen Gewerkschaften arbeiten systematisch an der Unterstützung und Verbreitung der sozialdemokratischen Presse. Und bei all den genannten Anlässen und in den aufgeführten Institutionen arbeiten der Verband deutscher Buchdrucker und die von organisationswegen aus seinen Reihen gewählten Vertreter offiziell mit. Von gewerkschaftlicher Neutralität ist diese Tätigkeit jedenfalls sehr weit entfernt.

Der Verband deutscher Buchdrucker konnte sich lediglich deshalb so lange Zeit als neutral geben, in der Öffentlichkeit als neutral scheinen — weil die Stelle fehlte, die seine Gesamtwirksamkeit im einzelnen systematisch verfolgte und die jeweiligen Verstöße gegen die gewerkschaftliche Neutralität entsprechend festmagelte. Seit Jahren nun geht der Gutenbergbund diesen Einzelheiten nach. Und die diesbezügliche Tätigkeit des Gutenbergbundes beginnt allmählich ihre Wirkung auszuüben: der Verband deutscher Buchdrucker wird heute nicht mehr so allseitig in der Öffentlichkeit begünstigt; weitere Kreise merken langsam, daß sie früher sich nur vom Schein blenden und irreführen ließen. Diese neue Situation behagt dem Verbande deutscher Buchdrucker nicht. Der Buchdrucker-Korrespondent sucht daher in letzter Zeit im Kampfe gegen den Gutenbergbund dasjenige, was ihm an Geist immer mehr abgeht, durch Skrupellosigkeit und Unwahrhaftigkeit zu ersetzen. Doch der Gutenbergbund weiß sich, insbesondere in letzter Zeit, seiner Haut zu erwehren. Der Verband deutscher Buchdrucker wird sich allmählich damit abfinden müssen, daß der Gutenbergbund da ist und ein jähes Leben gezeigt hat, und seitdem er dem Gesamtverband christlicher Gewerkschaften angeschlossen ist, erst recht keine Lust und Neigung verspürt, vor dem Buchdrucker-Verbandsauftritt zu kapitulieren.

Kundgebungen für die Versicherungsordnung. Die sozialdemokratische Hege gegen die Versicherungsordnung und die christlichen Arbeiterabgeordneten im Reichstage hat die christlich und national gesinnten Arbeiter überall auf den Plan gerufen. Das werden die Genossen sich nicht getraut haben, daß ihre Hege eine solche Wirkung haben würde. In vielen größeren Städten fanden imposante Demonstrationen für die Versicherungsordnung statt; sie waren zugleich eine glänzende Rechtfertigung unserer Arbeiterabgeordneten und eine wichtige Anlage gegen die Sozialdemokratie, die wie immer auch in diesem Falle ihr agitatorisches Parteiinteresse über die wirklichen Arbeiterinteressen gestellt hat.

Von der großen Kundgebung in Essen haben wir berichtet. Eine nicht weniger eindrucksvolle Veranstaltung fand am 18. Juni in Düsseldorf statt. Vor mehr als 2000 Zuhörern — viele Hunderte hatten keinen Platz mehr bekommen können — sprachen die Kollegen Behrens, Becker und Schiffer. Ein Genosse versuchte in einer knapp fünfminütigen „Rede“ dem ersten Referenten, Behrens, zu widerlegen, fiel aber in einer unglücklichen Weise durch.

In Delfe in Westfalen kamen am 18. Juni rund 8000 christlich-nationale Arbeiter aus Hamm, Bielefeld und den umliegenden Orten zusammen. Bei dieser gewaltigen Kundgebung sprachen die Kollegen Wiedeburg und Giesbertz.

In Aachen sprach Kollege Schiffer vor einer mehrtausendköpfigen Versammlung. In Köln sprachen vor 1/2 Tausend Mann Behrens und Stegerwald.

Auch in Süddeutschland regen sich die Massen. In München behandelte Kollege Schiffer vor mehr als Tausend Leuten die Versicherungsordnung, in Augsburg waren rund 500 Leute in der Versammlung anwesend.

In all diesen imposanten Veranstaltungen wurden Resolutionen angenommen, worin das Zustandekommen der Versicherungsordnung begrüßt, den christlichen Arbeiterabgeordneten für ihr mannhaftes Eintreten für die Interessen der Arbeiter gedankt und das Verhalten der Sozialdemokratie mit scharfer Entschiedenheit verurteilt wird.

Es geht ein tiefer Unmut über das schmähliche Verhalten der Genossen bei der Reichsversicherungsordnung durch die Massen der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft. Den „Sozis“ dürfte noch wohl zum Bewußtsein kommen, daß die Versicherungsordnung der allerungeeignetste Gegenstand ihrer Agitation ist.

„Zum Teufel mit den Tarifverträgen.“ So schrieb belanntlich einmal die „Leipziger Volkszeitung“. Jetzt handelt es sich im sozialdemokratischen Buchdrucker-Verband um organisierten Maschinenmeister der Berliner Zeitungsjurma Scherl dementsprechend.

Die Veranlassung hierzu war, daß sich die Maschinenmeister der Firma Scherl beim Tarifamt der Buchdrucker beklagten wegen der Arbeitszeit, Ueberstunden u. Das Tarifamt gab ihnen Recht. Weil nun zwischen der Firma und den Gehilfen eine Einigung nicht zustande kam, regelte das Tarifamt von sich aus die Angelegenheit. Die Firma nahm die Regelung an, die Gehilfen aber nicht. Sie wollten die alte Arbeitszeit wieder haben. Darauf ging das Tarifamt nicht ein. Die Maschinenmeister verweigerten die Arbeit. Die Firma Scherl gab zunächst nach, klagte aber vor dem Tarifamt. Dieses erklärte die Maschinenmeister des Tarifamtes schuldig und gab der Firma das Recht, die Vertrauensleute der Tarifbrecher zu entlassen. Die Entlassung erfolgte; die Maschinenmeister erklärten sich mit den Vertrauensleuten solidarisch, verlangten deren Wiedereinstellung und legten, als ihrem Verlangen keine Folge gegeben wurde, kurzer Hand — wieder unter Tarifbruch — die Arbeit nieder. Alles Bitten, Flehen und Drohen der Zeitung des „roten“ Buchdruckerverbandes war für die Kap. Die Rotationsgenossen waren „auf dem Wege zur Macht“, und

in diesem Stadium piffen sie auf alles. Alle Räder stehen still, war ihre Lösung, und sie streikten, weil sie nach ihrer Meinung die Unterdrückten waren.

Diese Ausgeburt einer erhitzten Phantasie endete natürlich wie alle Putzschnecken. Sieben „stehende Klassenkämpfer“ von Siebenunddreißig zieren das Straßenpflaster. Die Tarifbrecher wurden aus der Organisation ausgeschlossen. Das schlimmste ist aber der moralische Stoß, welchen der Tarifgedanke als solcher, durch diese wahnsinnige Verblendung und Disziplinlosigkeit erlitt. Die Folgen sind noch gar nicht abzusehen. Tolle, Ländler tutti quanti werden freudig jubelieren.

Ob der Berliner Geldentart ist der „Korrespondent“ ganz zerknirscht. Das sei eine beispiellose Disziplinlosigkeit die einzig dastehende, und schlimm sehr schlimm sei es, daß so etwas in einer so alten Organisation wie dem Buchdruckerverbande, vorkommen könne.

Die eigentlich Schuldigen für das traurige Verhalten aber sind jene sozialistische Presse und Agitatoren, welche ihren Genossen das Märchen von der „Souveränität der Masse“ suggerierten, sie bis zur Weißglut erhitzen. Da nimmst kein Wunder, wenn sie plagen, und alles um sich herum, Tarifgemeinschaft, Organisation und Verbandsleitung in Trümmer schlagen. Die moralisch Schuldigen haben nun nach echter Genossenmanier nicht den Mut, sich offen auf die Seite der verblendeten Maschinenmeister zu stellen, das geschieht vielmehr so hinten herum, wenn der Vorwärts schreibt: „... ihre maßlose Erbitterung zwang sie, etwas zu unternehmen, selbst auf Kosten aller Vernunft.“ Das ist allerdings die Entschuldigung jedes hinverbrannten Menschen, der sich durch seine Torheiten um Kopf und Kragen bringt. Auch nicht der „Vorwärts“ dem Tarifamt vor, es habe durch die Disqualifizierung der beiden Vertrauensmänner seine Befugnisse überschritten. Das wird ihm nun vom „Korrespondent“ haarklein als eine „ausgemachte Dummheit“ nachgewiesen. So was könne nur jemand schreiben, der keine Ahnung vom Buchdrucker-Tarif habe. Im übrigen habe das Tarifamt nicht nur korrekt gehandelt sondern sei außerordentlich nachsichtig gewesen. Es hätte z. B. die beiden Vertrauensleute aus der Tarifgemeinschaft ausschließen können u.

Geradezu jammerlappig ist das Verhalten der roten Provinzpresse. In ihrer Hilflosigkeit und Borniertheit schlägt sie los gegen den Berliner Zeitungstrust: Scherl, Müller, Hoffe. Na, uns kann es recht sein. In dieser politisch hochbewegten Zeit ist aber sehr bedeutsam, daß das rote „Berliner Tageblatt“ von seinen blutroten Blochbrüdern ganz jämmerlich zugerichtet wird. Das wird sie allerdings nicht hindern, bei der nächsten Gelegenheit als echte Nachkommen des orientalischen Händlervolkes wieder „a Geschäften“ zusammen zu machen. Es kommt ganz auf die politischen „Prozentchen“ an, die dabei zu reifen sind.

Für die christlichen Gewerkschafter schließt der Vorgang aber eine ganz beachtenswerte Lehre in sich. Dem Tarifgedanken drohen Gefahren. Nicht nur von den unentwegten Schärmachern, sondern auch von den verhehnten Genossen. Dem müssen wir entgegenwirken, durch Stärkung der christlichen Gewerkschaften auf der ganzen Linie. Darum auf die Schanzen! zur Hochhaltung und Verteidigung des Tarifgedankens. Jedes neue Mitglied bedeutet einen weiteren Kämpfer für den Tarifgedanken.

Erziehungsrüchle im Buchdruckerverband. Die vielfachen Neutralitätsverstöße des Buchdruckerverbandes, das Hand in Hand arbeiten mit den übrigen sozialdemokratischen Faktoren und die wüste Kampfesweise gegen die christliche Arbeiterbewegung hat bei einer ganzen Anzahl nichtsozialistischer Buchdrucker die Erkenntnis reifen lassen, daß ihr Platz nicht mehr im sozialdemokratischen Buchdruckerverband sein kann. Sie haben die Konsequenzen gezogen und sind zum Gutenbergbund übergetreten. Dafür wurden sie als „Fallobst“, „unvermeidliche Auscheidungen“, „Kassenträuber“ und „nicht suberrene Elemente“ beschimpft. Dezentlich eruchte der Buchdrucker-Korrespondent um „Material über die moralischen Eigenschaften der übergetretenen Verbandsmitglieder und ihr Verhältnis zu den Kassen“, um nachträglich für die vorher aufgestellten Behauptungen Beweise herbeizuschaffen. Ein übergetretenes Mitglied verlagte diejerhalb den verantwortlichen Redakteur Willi Krahl wegen Beleidigung. Fest wurde Krahl in zweiter Instanz zu 20 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Der Prozeß hat wieder bewiesen, mit welcher giftigen Mitteln der Buchdruckerverband arbeitet.

Kürzlich fand in Essen eine Versammlung des Gutenbergbundes statt. Sozialdemokratische Verbändler verfolgten nachher die Versammlungsleiter, fingen Handel an, sodaß die Polizei einschreiten und der Hauptredelführer — ein Verbändler — verhaftet werden mußte. Die Folge dieses und sonstiger Vorgänge in letzter Zeit war, daß am 21. Mai auf einmal zwölf Mitglieder dem Buchdruckerverband den Rücken kehrten und ihren Beitritt zum Gutenbergbund erklärten. Daselbst taten vor einigen Monaten sieben Verbandsmitglieder in M. Gladbach und vereinzelt in anderen Orten. Der sozialdemokratische Buchdruckerverband erntet die Früchte seiner Erziehung.

Aus unserer Industrie.

Die Organisation der Textilindustrie.

Eine Anzahl Branchenvereinigungen der Arbeitgeber haben Schritte in die Wege geleitet zur Schaffung einer Zentrale für sämtliche Webereindustrien. Die Vorbereitungen gehen aus von dem Verband deutscher Webereien, Verein deutscher Tuch- und Wollwaren-Fabrikanten, Verein der deutschen Seidenindustrie, dem Verein der Guteindustrie und dem Verbands deutscher Garnverbraucher. Die Sache soll bereits soweit gediehen sein, daß die konstituierende Versammlung noch im Monat Juni stattfinden und die Zentrale ins Leben treten könnte.

Die neue Gründung ist als Ersatz gedacht für die Zentralfstelle, die unser Vorstehender Kollege Schiffer unter dem Beifall zahlreicher Textilindustriellen im Reichstage befürwortete. Die genannten Vereinigungen sind der Meinung, daß eine solche Zentralfstelle von reichsweigen nicht geschaffen werden würde und wegen ihrer Konsequenz auf andere Berufe auch gar nicht geschaffen werden könnte. Die Zentralfstelle müsse vielmehr eine der Selbsthilfe entsprungene eigene Organisation der Arbeitgeber sein. Wir vermögen die grundsätzlichen Bedenken der Fabrikantenvereinigungen nicht zu teilen, bestehen doch seit Jahren ähnliche Einrichtungen in Preußen und in einigen andern Bundesstaaten, aber wenn die Anregungen Schiffers den Erfolg des besseren Zusammengehens und einer eigenen Organisation der interessierten Arbeitgeber hätten, wären sie nicht fruchtlos gewesen. Denn auch wir sind der Auffassung, daß man „mit Rücksicht auf die sehr ungenügende und zurückgebliebene Organisation in der deutschen Textilindustrie jeden Versuch begrüßen müsse, der auf eine systematische Zusammenfassung der verschiedenen Zweige des Textilgewerbes hinarbeitet“.

Die Zentrale ist großzügig gedacht. Sie soll die Aufgabe haben, „alle gemeinsamen, wirtschaftlichen, sozialpolitischen, technischen und sonstigen Fragen unter einheitlichen Gesichtspunkten zu bearbeiten und den Behörden wie überhaupt der ganzen wirtschaftspolitischen Öffentlichkeit gegenüber die Interessen der Weberei kräftig zu vertreten“.

Nun hat das Ding aber einen großen Haken, denn die Großzügigkeit des Plans steht in gar keinem Verhältnis zu der Möglichkeit seiner Verwirklichung. Gerade wegen der ungenügenden Organisationsverhältnisse in unserem Gewerbe ist es von vornherein ein verfehltes Unternehmen, solche großzügige Instanzen ins Leben zu rufen. Man fange doch lieber mit kleinen Dingen an. Eine solche Zentrale muß getragen werden von kräftigen Branchenorganisationen, die untereinander von dem festen Willen beseelt sind, gemeinsame Interessen gemeinsam zu lösen versuchen. Und daran fehlt's. Unsere Textilarbeitgeber sind viel geschlossener, wenn sie gegen die Arbeiterorganisationen vorgehen.

Man glaubt in Arbeitgeberkreisen selbst nicht recht an das Zustandekommen einer lebenskräftigen und arbeitsfähigen und arbeitsamen Zentralfstelle. Denn es heißt in einer Arbeitgeberkorrespondenz ganz bescheiden: „Wenn man auch nicht von vornherein sagen kann, ob der nunmehr vorgeschlagene Weg zum Ziele führt, so lenkt doch allein schon die Propaganda für den Zusammenschluß die Aufmerksamkeit der Interessenten auf die Bedeutung des Verbandsweien. Die heutige Organisation ist, wie in Fachkreisen offen zugegeben wird, völlig ungenügend. Nicht einmal die Baumwollspinnerei, obwohl bei ihr die wirtschaftlichen Interessen doch verhältnismäßig einheitlich sind, hat bis heute eine einheitliche Organisation zustande gebracht, weswegen auch die Beteiligung der deutschen Baumwollindustrie an dem internationalen Verbands ziemlich wertlos ist. Es bestehen für die Baumwollindustrie vier Verbände, die aber nicht einmal zollpolitisch, geschweige denn in Fragen der Produktions-, Preis- und Absatzregelung Hand in Hand gehen. Auch die einzelnen Verbände selbst sind noch viel zu wenig ausgebildet. Auf dem Gebiete der Baumwollweberei bestehen aber zurzeit nicht weniger als 50—60 Verbände, die so gut wie gar keinen organisatorischen Zusammenhang haben.“ Darum wird aus der Zentralfstelle wohl nicht viel werden.

Man glaubt in Arbeitgeberkreisen selbst nicht recht an das Zustandekommen einer lebenskräftigen und arbeitsfähigen und arbeitsamen Zentralfstelle. Denn es heißt in einer Arbeitgeberkorrespondenz ganz bescheiden: „Wenn man auch nicht von vornherein sagen kann, ob der nunmehr vorgeschlagene Weg zum Ziele führt, so lenkt doch allein schon die Propaganda für den Zusammenschluß die Aufmerksamkeit der Interessenten auf die Bedeutung des Verbandsweien. Die heutige Organisation ist, wie in Fachkreisen offen zugegeben wird, völlig ungenügend. Nicht einmal die Baumwollspinnerei, obwohl bei ihr die wirtschaftlichen Interessen doch verhältnismäßig einheitlich sind, hat bis heute eine einheitliche Organisation zustande gebracht, weswegen auch die Beteiligung der deutschen Baumwollindustrie an dem internationalen Verbands ziemlich wertlos ist. Es bestehen für die Baumwollindustrie vier Verbände, die aber nicht einmal zollpolitisch, geschweige denn in Fragen der Produktions-, Preis- und Absatzregelung Hand in Hand gehen. Auch die einzelnen Verbände selbst sind noch viel zu wenig ausgebildet. Auf dem Gebiete der Baumwollweberei bestehen aber zurzeit nicht weniger als 50—60 Verbände, die so gut wie gar keinen organisatorischen Zusammenhang haben.“ Darum wird aus der Zentralfstelle wohl nicht viel werden.

Man glaubt in Arbeitgeberkreisen selbst nicht recht an das Zustandekommen einer lebenskräftigen und arbeitsfähigen und arbeitsamen Zentralfstelle. Denn es heißt in einer Arbeitgeberkorrespondenz ganz bescheiden: „Wenn man auch nicht von vornherein sagen kann, ob der nunmehr vorgeschlagene Weg zum Ziele führt, so lenkt doch allein schon die Propaganda für den Zusammenschluß die Aufmerksamkeit der Interessenten auf die Bedeutung des Verbandsweien. Die heutige Organisation ist, wie in Fachkreisen offen zugegeben wird, völlig ungenügend. Nicht einmal die Baumwollspinnerei, obwohl bei ihr die wirtschaftlichen Interessen doch verhältnismäßig einheitlich sind, hat bis heute eine einheitliche Organisation zustande gebracht, weswegen auch die Beteiligung der deutschen Baumwollindustrie an dem internationalen Verbands ziemlich wertlos ist. Es bestehen für die Baumwollindustrie vier Verbände, die aber nicht einmal zollpolitisch, geschweige denn in Fragen der Produktions-, Preis- und Absatzregelung Hand in Hand gehen. Auch die einzelnen Verbände selbst sind noch viel zu wenig ausgebildet. Auf dem Gebiete der Baumwollweberei bestehen aber zurzeit nicht weniger als 50—60 Verbände, die so gut wie gar keinen organisatorischen Zusammenhang haben.“ Darum wird aus der Zentralfstelle wohl nicht viel werden.

Weltseidenernste.

Ueber den augenblicklichen Stand der Weltseidenernste liegen folgende Nachrichten vor: Yokohama meldet, daß die weiteren Ernteausichten günstig bleiben, in Italien erwartet man, soweit die Lombardei inbetracht kommt, ein im ganzen befriedigendes Ergebnis, die Berichte aus Piemont sind ebenfalls günstig, auf Sizilien werden die Mengen geringer, die Beschaffenheiten aber gut sein. Spanien dürfte eine kleinere und auch in bezug auf Beschaffenheit ungenügende Ernte haben, die Nachrichten aus Frankreich selbst lauten befriedigend.

Bemerkenswerte Bestrebungen in der österreichischen Textilindustrie.

Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tageblattes“ sind in Oesterreich Bestrebungen im Gange, die auf nichts weniger als auf eine Syndizierung der österreichischen Textilindustrie hinauslaufen.

Bekanntlich liegt in unserem Nachbarlande das Textilgeschäft seit langem sehr darnieder. Zu manchen politischen Ursachen kam noch die maßlose Steigerung der Baumwollpreise, die textilindustrielle Ueberfütterung, Dinge, die das österreichische Textilgewerbe arg zu Boden drückten. Nun will man eine gründliche dauernde Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen versuchen. Es handelt sich in der Hauptsache um den Plan, eine umfassende Exportaktion unter gleichzeitiger Festsetzung eines Inlandskontingents im Garngeschäft. Angebot und Nachfrage sollen in ein natürliches Verhältnis gebracht werden, ohne daß andererseits die bisher geübten Betriebsbeschränkungen anzubauern hätten, weil eben der demaltes bei Vollbetrieb noch bestehende Ueberfluß ins Ausland gebracht würde. Das soll nicht in Form von Rohgarnen geschehen, sondern man denkt zumeist fertig veredelte Gewebe zu exportieren.

was mit verhältnismäßig geringeren Opfern geschehen könnte, die von den Baumwollspinnern in Gesamtheit aufgebracht würden. Zu diesem Zwecke soll eine Genossenschaft m. b. H. geschaffen werden, zu welcher alle Fabrikanten nach Maßgabe ihrer Bedeutung (das heißt Spindelzahl, beziehungsweise Produktionsleistung) beizutragen hätten. Um auch das Inlandgeschäft möglichst rationell zu leiten, ist weiterhin die Schaffung eines Zentralverkaufs-bureaus beabsichtigt. Da die Organisation der Baumwollspinner eine stramme ist, bestehen auch nach den Informationen des eingangs genannten Blattes alle Aussichten auf Verwirklichung dieser Pläne. Tatsächlich sind auch schon vielfach zustimmende Antworten erfolgt.

In weniger präzisen Formen bewegen sich vorerst noch die Bestrebungen der Kottondrucker, die ausschließlich auf eine Produktionsverringerung bedacht sind, welche durch Ankauf und Stilllegung von Fabriken erreicht werden soll. Ins Auge gefaßt wurden insgesamt fünf größere Betriebe, doch scheinen einstweilen nur zwei davon halbwegs gesichert. Bei einer Gesamtzahl von zirka 200 Druckmaschinen (Moulléaux) dürfte nach Meinung der Fachleute die Abstellung von etwa 20 dieser Maschinen (zehn Prozent) genügen, um den übrigen wieder eine halbwegs lohnende und andauernde Beschäftigung zu gewährleisten, umso mehr, als ja auch eine allmählich anwachsende Bedarfssteigerung ins Auge gefaßt werden darf.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie

Im Monat Mai berichtet das „Reichsarbeitsblatt“: Die Baumwollspinnereien klagen aus allen Teilen Deutschlands über ungenügende Beschäftigung. Die Spinner hatten nach einem Berichte der Vereinigung Sächsischer Spinnereibesitzer noch größere Aufträge zu schlechteren Preisen von früher zu erledigen, auf welche ihnen die Abnehmer starke Abzüge machten. Es sind infolgedessen die Warenlager wesentlich verkleinert worden und die Spinner augenblicklich gut beschäftigt, während neue Aufträge bei den hohen Preisen für bald lieferbare Baumwolle und dem Discont für die neue Ernte vollständig ausgeschlossen erscheinen. Die Spinnereien konnten die sich als notwendig ergebenden Tagespreise für Baumwollgarn nicht anlegen und scheuten sich, bei der erwarteten größeren neuen Ernte Kontrakte für spätere Lieferungen schon jetzt abzuschließen. Gegen den Vormonat hat sich, wenn auch der Abfall der Garne ein guter war, die eigentliche Lage des Geschäftsganges wesentlich verschlechtert, weil der Auftragsbestand gesunken ist, nachdem die Baumwollpreise in die Höhe gingen, die Garnepreise jedoch nicht folgen konnten. Infolge der schlechten Beschäftigung waren einzelne Spinnereien gezwungen, größere Teile ihres Betriebs stillzusetzen zu lassen. Bemerkenswert waren die Beendigung der in der Baumwollindustrie von Nordbayern eingetretenen Aussperrung und die Beendigung des Lohnkampfes im rheinisch-westfälischen Baumwollindustriegebiete.

Die Baumwoll-Buntwebererei konnte aus Schlesien eine kleine Besserung berichten, da angesichts der dauernden Festigkeit des Rohmaterials die Kunden wenigstens etwas aus ihrer bisher beobachteten Ruhe herausstraten; jedoch waren die erzielten Preise ungenügend.

Die schlesische Kammgarnspinnerei wies gegen den Vormonat keine Veränderung auf, dagegen war der Geschäftsgang in der rheinländischen Kammgarnspinnerei gut.

In der Wollwarenfabrikation Schlesiens trat gegen den Vormonat eine weitere Verschlechterung des Geschäftsganges ein.

In wollenen Damenkleiderstoffen hat nach einem Berichte des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien die im vorigen Monat eingetretene Besserung in der Beschäftigung angehalten.

Der Geschäftsgang in der Tuchfabrikation war unregelmäßig, aber zumeist nicht unbefriedigend; während aus Görlik eine weitere Verbesserung gegen den Vormonat gemeldet wurde, wird aus Sagan und Grünberg berichtet, daß die unbefriedigende Lage noch weiter anhält, wenn auch eine kleine Verbesserung im Vergleiche zum Vormonat eingetreten sei.

Die schlesische Leinenindustrie zeigte gegenüber dem Vormonat wenig Veränderung. Es wird nur das Notwendigste gekauft, wenn auch zu ersehen ist, daß im allgemeinen Bedarf vorhanden ist; störend sind die hohen Preise. Das Geschäft nach dem Auslande hat sich bei erhöhten Preisen belebt, es herrscht Arbeitermangel. Dagegen sprechen die Berichte aus dem übrigen Deutschland von guter Beschäftigung.

In der Krefelder Seidenindustrie war der Geschäftsgang mäßig, die Lage in der Samtbänderindustrie im allgemeinen unbefriedigend, da die im Laufe des April eingetretene starke Nachfrage nach breiten Samtbändern, die in der ersten Hälfte des Mai anhält, wieder abgefallen ist. Die Samtindustrie hatte sehr gut zu tun.

Die Stoffdruckerei im Elsaß hatte im verfloffenen Monat einen ziemlich guten Geschäftsgang.

In den Färbereien bewegte sich der Geschäftsgang in den gleichen ruhigen Bahnen wie im Vormonat. Aus Norddeutschland wird dagegen über eine schwache Tätigkeit in den Färbereien berichtet, die gegen den Vormonat sich verschlechtert hat. Die Türkischrotfärbereien halten weiter guten Geschäftsgang.

In Striegern war die Beschäftigung rege zu nennen, wenn auch der Jahreszeit entsprechend, namentlich in wollenen Garnen, die Umsätze des Vormonats nicht erreicht wurden. Auch die noch immer hohen Preise ließen eine Zurückhaltung erkennen. Trotzdem ist der Beschäftigungsgrad des gleichen Monats 1910 wohl in den meisten Betrieben überholt worden. Die Arbeitszeit ist in fast allen Betrieben vielfach um eine halbe bis eine Stunde abgekürzt worden.

Die Strumpfwarenfabrikation hatte ausreichend zu tun und litt zum Teil unter Mangel an Arbeitskräften; es war daher hier und da Ueberarbeit erforderlich.

In den Hanfspinnereien, Zwirn- und Bindfadenfabriken hat sich die Lage gegen den Vormonat nicht geändert und hielt die gute Beschäftigung an. An weiblichen Arbeitskräften und männlichen Facharbeitern bestand Mangel.

Die Roßhaarspinnereien waren sehr gut beschäftigt.

Die sächsische Sticker- und Spitzenindustrie hatte nach einem Berichte des Fabrikantenvereins befriedigende Beschäftigung.

Aus der Textilindustrie berichten 465 Betriebskrankenkassen mit 94164 männlichen und 109983 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. Mai ergab sich am 1. Juni eine Vermehrung der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke (+ 127 männliche, + 489 weibliche).

Aus dem Verbandsgebiete. Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Berichterstatter in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß mit dem 1. Juli 1911 das zweite Quartal 1911 zu Ende ist. Vier Tage nach Schluß des Quartals muß die Berichtskarte (Quartalskarte gelb) ausgefüllt an die Zentrale eingeleitet werden. Als sogenannter Stichtag gilt der 24. Juni. Wir bitten die Berichterstatter allerorts, dafür zu sorgen, daß alle Ortsgruppen rechtzeitig ihre Berichtskarten an die Zentrale einsenden.

Die Geschäftsstelle.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Im Münsterlande

Ist die Bewegung nunmehr beendet. Auch in den Orten und Betrieben, wo die Arbeiter die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen hatten, ist im Laufe der vergangenen Woche eine Einigung erzielt worden, sodaß am 26. oder 27. Juni in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Der Fabrikant in Borghorst, der die Wiedereinstellung der ausgesperrten Arbeiter von deren Austritt aus unserem Verbandsgebiet abhängig machen wollte, hat diese Bedingungen zurückziehen müssen. In einer Erklärung an die betr. Arbeiter sagt er, „der Arbeitgeberverband sei nicht damit einverstanden gewesen, daß er eine solche Forderung stelle“.

Wir werden demnächst auf die ganze Bewegung und ihre Begleiterscheinungen ausführlicher zu sprechen kommen.

Sachsen-Thüringen.

Ein schwerer Kampf scheint über das sächsisch-thüringische Industriegebiet auszubrechen zu sollen. In Meerane streiken seit Montag, den 19. Juni, die männlichen Arbeiter der Firma C. Bach. Die Forderungen bestehen in einer Arbeitszeitverkürzung um zwei Stunden an den Sonnabenden. Bisher war es Sitte, daß die Arbeiterinnen bis 4 Uhr, die männlichen Arbeiter bis 6 Uhr am Sonnabend beschäftigt wurden. Diesem Zustand soll jetzt abgeholfen werden. Da die Arbeiterinnschaft sich weigert, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, hat sich die „Sächsisch-Thüringische Färbekonvention“ mit dem Sitz in Greiz der Sache angenommen und für Mittwoch, den 28. Juni, die allgemeine Aussperrung über das ganze sächsisch-thüringische Industriegebiet angedroht, falls die Arbeiterinnschaft nicht bis Freitag, den 23. Juni, die Arbeit wieder aufgenommen hat.

Da der „deutsche“ Textilarbeiterverband in diesem Jahre schon einige derartige Kämpfe preisgegeben hat, bleibt abzuwarten, ob er den Kampf mit der Färbekonvention aufnehmen wird. Die Drahtzieher des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes werden hier auch wieder Mittel und Wege finden, um der Bewegung vor der Zeit das Genick abzubrechen.

Aus unseren Bezirken.

Bezirk Baden.

Unser Verband in Baden. In diesen Tagen sind es 10 Jahre, seit unser Verband in Baden Eingang gefunden hat. Die erste und älteste Ortsgruppe ist Murg bei Säckingen. Sie wurde am 29. Juni 1901 mit 65 Mitgliedern gegründet. Von Murg aus wurde dann vieles getan, um den Gewerkschaftsgebanken auch in die nähere und weitere Umgebung zu tragen. Heute zählt Murg fast 200 und Säckingen 300 Mitglieder.

Die Ortsgruppe Murg feiert nun das 10-jährige Stiftungsfest am kommenden Sonntag, dem 2. Juli, non nachmittags 1 Uhr ab im Saalbau „Zum Murgtal“. Der Kollege Schiffer aus Düsselbors wird die Feste halten. Die auswärtigen Gäste werden nachmittags 1 Uhr an der Bahn abgeholt. Ein reichhaltiges und schönes Programm ist aufgestellt. Letzteres kostet mit Festschiff und Festabzeichen 25 Pf. Wir laden nun alle Ortsgruppen des Wiesens, Wehra- und Rheintales zu unserem Feste ein und rufen allen Kollegen und Kolleginnen schon jetzt zu: Willkommen in Murg!

Bezirk Bamberg.

Mädchen und Kinderlichen von Agitatoren des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Aus Anlaß des durch die Schuld sozialdemokratischer Verbandsführer herbeigeführten unrühmlichen Ausgangs der letzten Aussperrung in der bayerischen Textilindustrie wurden von der Bezirksleitung unseres Verbandes einige Flugblätter herausgegeben. Darin wurde ganz besonders eine schwere Schädigung der Arbeiterinteressen durch die Führer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes nachgewiesen. Letztere ließen vor Monaten in Hof durch den sozialdemokratischen Parteitagator Simon aus Nürnberg für die Forderung auf Einführung des freien Samstag-Nachmittags unter der Arbeiterschaft Stimmung machen, und als die Unternehmer dann die Aussperrung ankündigten, knickten dieselben Führer wie ein Taschenmesser zusammen und versuchten alles, um die Arbeiterschaft wieder zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Die parteipolitische Ausschaltung der Bewegung sowie die Tatsache, daß die Führer des sozialdemokratischen Verbandes den christlichen Verband, der in Bayern allein mehrere Tausend Mitglieder zählt, bei der Bewegung vollständig ausschalteten, wurde in den beiden vom christlichen Verbands herausgegebenen Flugblättern sachlich kritisiert. Ferner wurde nachgewiesen, daß die von den sozialdemokratischen Verbandsführern nach Beendigung des Kampfes in alle Welt hinausposaunten „Erfolge“ für die Arbeiterschaft wenig oder gar keinen praktischen Wert haben. Eine ganze Anzahl Arbeiter, die nicht wieder ihre frühere Arbeitsstelle erhalten haben, ist auf der Strecke geblieben. Wegen der vielen von der Aussperrung noch herrührenden Maßregelungen ist es sogar in einem Textilbetriebe in Hof neuerdings wieder zu einem Streik gekommen.

Es ist menschlich verständlich, wenn den im Kampfe beteiligt gewesenen Führern des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes diese Feststellungen stark auf die Nerven brennen, und wenn darum auch Herr Trimborn, der Geschäftsführer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Bamberg, in seinem roten „Volksfreund“ für die ihm nahestehenden sozialdemokratischen „Strategen“ eine Lanze zu brechen versucht. Wir würden uns nun auch mit Leuten, die es in letzter Zeit in ihrem „Volksfreund“ sogar bis zum Interpret von Bibelsprüchen und des Vaterunfers gebracht haben, in Zeitungspolemiken weiter gar nicht einlassen, wenn man die von der Zeitung des christlichen Verbandes veröffentlichten wahrheitsgemäßen Feststellungen nicht abzutun veruchte mit gar nichtslagenden Wendungen, wie „unqualifizierbare und verlogene Behauptungen“, „diese christliche Behauptung ist genau so erlogen“ usw. Ja, aber Herr Trimborn, wenn Sie selbst noch an das glauben, was Sie schreiben, warum verklagen Sie denn nicht die Personen, die „unqualifizierbare und verlogene Behauptungen“ über sozialdemokratische Verbandsführer veröffentlichten? Sie brauchen doch gar nicht zu fürchten, daß, wenn Sie klagen, Sie auch noch die Gerichtskosten bezahlen müssen, wie dies christliche Arbeiterführer oft genug erleben dann, wenn sie Sozialführer wegen Verleumdungen an Gerichtsstelle zur Verantwortung ziehen.

Dem Herrn Trimborn steht es auch sehr schlecht an, wenn er in Entrüstung macht über die angebliche von den „Christlichen“ in Gausstadt ausgeübte Alleinherrschaft und wenn er sich das Recht anmaßt, den christlichen Verbandsführern dafür eine Epistel zu lesen, weil sie angeblich „zum Gaudium der Unternehmer Flugblätter gegen die freie Organisation verbreiteten“. Wir wollen der scheinbaren Gedächtnisschwäche des Herrn Trimborn ein wenig nachhelfen und ihn wiederum daran erinnern, daß nichts mehr zum Gaudium der Unternehmer beitragen kann, als die von den Führern der sozialdemokratischen Verbände ausgeübte Alleinherrschaft, als wie insbesondere das Ausschalten der christlichen Gewerkschaften bei sehr vielen Bewegungen durch die Sozialführer. Auch nach dem Ausgange der letzten verunglückten Bewegung in der bayerischen Textilindustrie um die Einführung des freien Samstag-Nachmittags wäre das Gaudium der Unternehmer in der Textilindustrie ganz gemäß etwas weniger groß gewesen, und die Bewegung hätte einen ganz anderen Ausgang nehmen müssen, wenn die sozialdemokratischen Verbandsführer in ihrem Machtdünkel nicht ohne die in Bayern allein mehrere Tausend Mitglieder zählende christliche Organisation die Bewegung in Augsburg eingeleitet hätten. Und wenn sie Herrn Trimborn bei dieser passenden und unpassenden Gelegenheit der Welt die agitatorischen „Fortschritte“ ihrer Organisation glauben bekannt geben zu müssen und sich dabei auch selbst jedesmal reichlich Weibrauch streuen, so lassen wir ihnen neidlos dieses Vergnügen. Für den Fall aber, daß sie wieder einmal in Entrüstung machen sollten über die „bösen Christlichen“, die den Sozialführern die Maske lüfteten dann, wenn diese durch ihre Alleinherrschaft und durch ihr einseitiges Vorgehen die Interessen der Arbeiterschaft schwer schädigen, werden wir uns folgender Weise, die auf sie sehr gut angewandt werden können, erinnern:

„Ja, ja, mein Herr, Sie haben recht, Die Welt ist ganz erbärmlich schlecht, Ein jeder Mann ein Böfewicht, Nur Sie, Sie natürlich nicht!“

Berichte aus den Ortsgruppen.

Allersberg. Eine öffentliche Arbeiter- und Bürgerversammlung fand dahier am Sonntag, den 18. Juni im Gesellenhaussaale, der lange vor Eröffnung der Versammlung bis auf den letzten Platz gefüllt war, statt. Die Versammlung, die nicht nur allein von vielen Arbeitern und Bürgern von Allersberg, sondern auch von einer schönen Anzahl Kollegen aus Roth besucht war, nahm zunächst einen längeren Bericht des Kollegen Müller aus Bamberg über

die Lohnbewegung der Arbeiter bei der Firma Gilardi entgegen. Gewerkschaftssekretär Kollege Koppelt aus Bamberg, vordem in Hannover, referierte in klaren und leichtverständlichen Ausführungen über das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter. Zur selben Zeit lagte auch in Mersberg eine andere Versammlung, vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande einberufen. Bezeichnend für die Sozialisten, die den christlichen Arbeiterführern oft den Vorwurf gemacht, sie getrauten sich nicht, ihr Vorgehen bei der Lohnbewegung in der Öffentlichkeit zu vertreten, ist, daß diese nicht den Mut fanden, die öffentliche Versammlung im Gesellenhause zu besuchen, trotzdem sie mehrere Mann hoch aus Bamberg und Nürnberg angereist waren. Anstatt mit dem Kampf aufzunehmen für das Koalitionsrecht der Arbeiter in Mersberg, hatten diese patentierten Arbeiter, „vertreter“ nichts Besseres zu tun, als wie in ihrer Versammlung die christliche Gewerkschaftsbewegung und ihre Führer zu verleumdern und zu verächtlichen. Die Versammlung im Gesellenhause nahm nach mehr wie dreikündiger Dauer nahezu einstimmig nachfolgende Resolution an:

Die am 18. Juni vom Zentralverbande christlicher Textilarbeiter Deutschlands im Gesellenhause zu Mersberg abgehaltene öffentliche Arbeiter- und Bürgerversammlung bebauert nach Kenntnisnahme über den Verlauf der Lohnbewegung bei der Firma Gilardi, daß die Firma den berechtigten Wünschen der Arbeiter in bezug auf Aufbesserung der Löhne nicht entgegengekommen ist und den Arbeitervertretern keinerlei bindende Zugeständnisse gemacht hat. Die Versammlung nimmt auch mit Entrüstung davon Kenntnis, daß der Inhaber der Firma Gilardi, Herr Geiershöfer persönlich und auch durch Angehörige auf einen Teil der Arbeiter in dem Sinne eingewirkt hat, daß diese aus der christlich-nationalen Gewerkschaft ihren Austritt erklären sollten. Die Versammlung verspricht der bei der Firma Gilardi beschäftigten Arbeiterschaft in ihrem Kampfe um die Anerkennung des gesetzlich gewährleisteten Vereinigungsrechtes tatkräftige Unterstützung und fordert die Arbeiterschaft nachdrücklich zum Anschluß an die christliche Gewerkschaftsbewegung und zum treuen Aushalten in dieser Bewegung auf.

M.-Gladbach-Sürrip. Man kann mit dem Guten das Ungehörige verbinden. Unsere Ortsgruppe hat es getan, indem sie am 28. Mai einen Ausflug nach der Fürsorgeerziehungsanstalt Rheindahlen unternahm. Unter Vorantritt eines Promotorkorps ging es zuerst nach Hermses-Dahl, wo sich die Teilnehmer von dort mit uns vereinigten. Dann ging es meist durch grünen Wald zur Fürsorge-Anstalt. Hier wurden wir von dem Direktor Herrn Meller in den Saal geführt, wo er die Teilnehmer, zirka 250, willkommen hieß und dann einen Vortrag hielt über die Erziehung der Jugend im allgemeinen und über die Erziehung in der Anstalt insbesondere. Wahre Goldkörner der Erziehungskunst waren es, welche der Herr Direktor uns in seinem Vortrage bot, den er durch mehrere Beispiele noch erläuterte. Nach diesem sehr lehrreichen Vortrage, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde, kam die Besichtigung. Wir alle mußten uns wundern über die vorzüglichste Einrichtung der Anstalt. Ueberall, in den Werkstätten sowie Küche usw. größte Ordnung und Sauberkeit. Eine besondere Ueberraschung bot uns die aus Zöglingen der Anstalt zusammengestellte Musikkapelle, welche uns mit verschiedenen gut und flott gespielten Musikstücken erfreute. Beim Abschiede erwähnte der Direktor Meller noch, daß es ihm sehr angenehm wäre, wenn die Anstalt besichtigt würde, damit die falschen Anschauungen, welche noch vielfach gegen diese Anstalten vorhanden sind, mit der Zeit verschwinden. Nachdem wir uns in Holt erfrischt hatten, ging es nach einem Abschiedstrunk in Hermses wieder nach Sürrip. Alle Teilnehmer waren hoch befriedigt über das Gebotene. Wir sagen Herrn Meller an dieser Stelle nochmals herzlichsten Dank.

Glauchau. Zu einer scharfen Verurteilung sozialdemokratischer Werbemethode und Gesinnungsnebelung führte unsere Versammlung am 14. Juni. Bisher hatten wir durch gutes Zusammenarbeiten aller Mitglieder schöne und interessante Versammlungen, unsere Mitglieder fühlten das Stärkende des Zusammenhanges mit Gleichgesinnten und eine Anzahl erlittete eine rege und erfolgreiche Werbetätigkeit, welche allerdings dem „großen roten Bruder“ einige Mitglieder kostete. Dadurch ist ihm nun wohl gleich eine Gänsehaut überlaufen, daß wir die anderen paar Laufend auch noch holen könnten, und sie suchen das Verlorene auf eine Art und Weise wieder zu gewinnen, welche weder mit anständigen gewerkschaftlichen Grundfäden noch mit der Freiheit der Meinung oder der Person vereinbar ist. Grundfäden haben wir die Jahre nur unter den Nichtorganisierten gewonnen, denn nur die kleinere Hälfte ist „sozialdemokratisch“ organisiert, die größere Hälfte will hier in der „Geburtsstadt“ der politischen Sozialdemokratie nichts von ihr wissen und ist infolge schlimmer Erfahrungen gegen jede Organisation. Etwa 1/3 aller in dem „freien“ Verband Organisierten sind nur durch Druck oder Unklarheit Mitglieder, und das löst viele ab, sodas der Gedanke für freie Arbeit im Interesse des Berufs nur schwer Eingang findet. Als wir nun diesen Winter die Agitation unter den Mitgliedern hiesiger Militärvereine aufnahmen, welche wir ihrer ganzen Tendenz nach als zu uns gehörig betrachteten, zeigte es sich, daß ein großer Teil derselben „sozialdemokratisch“ organisiert war. Ein Teil davon ist dort geblieben und vorantags Hurra zu rufen und abends die Arbeitervereinsfeiern zu besuchen. Das es ein so stolzes Gefühl sein soll, wenn im Textilarbeiterorgan oder der „Volksstimme“ über ihren Militärverein gepöbelt und hergezogen wird, oder wenn ihren Söhnen als künftigen Soldaten schon zuvor Widergesichtlichkeit eingetupft wird, welche sie dann schwer büßen müssen, können wir wirklich nicht glauben. Ein anderer kleiner Teil hat aber eingesehen, daß sich ihre Militärvereinsfrage nicht mit der Mitgliedschaft im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband verträgt und ist zu uns übergetreten. Es ist wohl jedem klar, daß Militärangehörige, die sozialdemokratische Gewerkschaften und Partei unruhiger Kontonisten sind, deshalb müßte einem ehrlichen Sozialdemokraten eine realistische Scheidung lieber sein, als einige Mitglieder mehr oder weniger. Aber der Sozialist G. des „freien“ Textilarbeiterverbandes scheint da anderer Meinung zu sein. Denn, wenn einmal ein solches Militärangehörige zu ihm kommt zum Abmelden, so ist natürlich die erste Frage, weshalb? Ist dann der Betreffende so ehrlich, zu sagen, daß er in unserem Verband übergetreten will, dann kann er was erleben. „Dass er kein bösen Eie zum Arbeiter habe, daß er ein ganz dummer Kerl sei und daß er an unsern Verband gar keinen Rückhalt habe, weil derselbe ganz ohnmächtig sei und nichts leisten könne“, ist noch das Anständigste, wenn ihm nicht gar das Sach an den Kopf fliegt. Und wie der Leiter, so die Mitglieder. Einen jüngeren Kollegen von uns, welcher der sozialdemokratischen Gedankenwelt vollständig fremd gegenübersteht, wurde die Arbeit solange erschwert und ihm solange zugestiftet, bis er wirklich in den sozialdemokratischen Verband übergetreten ist. Und ein anderer Arbeiter, welcher einem unserer Kollegen versprochen hatte, unsern Verband beizutreten, falls er ihm an einem gewissen Platz Arbeit verschaffe,

konnte dies Versprechen aus einem ähnlichen Grunde nicht halten, als ihm die Arbeit verschafft war. Sogar zu persönlichen Annehmungen auf offener Straße ist es mehrfach gekommen. Und das alles unter Organisationsverhältnissen, wo der „deutsche“ Verband in L. erst kürzlich öffentlich seine Schwäche zur Durchführung einer Lohnbewegung eingestehen mußte, und wo jetzt noch die Arbeiterverbände von den Arbeitgebern nicht als verhandlungsfähige Arbeitervertretung anerkannt werden. Bisher haben wir die Bekämpfung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes nicht zu unseren Aufgaben gezählt, haben das Arbeiterinteresse stets über prinzipielle Meinungsverschiedenheiten gestellt, wenn wir aber so angegriffen werden wie in letzter Zeit, werden wir uns unserer Haut wehren, wenn auch einmal Spähne fliegen sollten. Mittel und Wege gibt es auch für uns genug. Zudem steht zu erwarten, daß bei den Militärvereinen die Stellung zur Organisationsfrage bald eine Klärung und — Schwärzung erfolgt, indem dieselben lebhaft die Frage der Gründung einer Kasse zur Unterstützung ausgesperrter Mitglieder erörtern. Mag der Beschluß hierüber ausfallen wie er will, wir werden auch in Zukunft die Militärvereine ebenso wie andre nationale und religiöse als unser Retterungsfeld ansehen und uns auch dabei zu schützen wissen. Unsere Mitglieder aber bitten wir, desto treuer zur Stange und die Augen offen zu halten, und etwaige Fälle verächtlicher Terrorisierung entweder dem Vorsitzenden direkt zu melden oder in den Versammlungen darüber zu berichten. Auch die Versammlungen regelmäßig zu besuchen und für Ausführung sorgen. Die nächste Versammlung findet am 4. Juli mit Vortrag über das aktuelle Thema der neuen Reichsversicherungsordnung statt, wozu wir schon heute bringen einladen.

Hof a. Saale. Das frische Leben in unserer jungen, im Sturme gegründeten Ortsgruppe herrscht, bewies unsere Mitgliederversammlung am 15. Juni, die wiederum einen zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte. Dieselbe eröffnete der Vorsitzende mit der üblichen Begrüßung. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen Melcher aus Greiz, „wie erleichtern wir uns den Kampf um unsere Existenz“, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Darauf gab der Kollege Buz einen kurzen Bericht über die Gautenferenz in Greiz, der ebenfalls mit großem Interesse verfolgt wurde. Nach der Wahl von drei Revisoren fand noch eine allgemeine Aussprache statt, die sich zum großen Teil über unsere Bekämpfung von den sozialdemokratischen Gewerkschaften drehte. Alle Anwesenden beurteilten mit großer Entschiedenheit die Handlungsweise des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes uns gegenüber.

Auffallend ist, mit welchen Mitteln versucht wird, in unsere Mitgliederversammlungen einzudringen. So mußten aus der letzten Versammlung wieder 2 Personen entfernt werden, die sich für Unorganisierte ausgaben, aber von den Anwesenden als echte Sozialdemokraten erkannt wurden. Nach Aufforderung, sich in unserem Textilarbeiterverband aufzunehmen, so laßen und sofort 30 Pfg Eintrittsgeld zu entrichten, gaben die beiden Selben Fertgeld. Jedenfalls war ihnen 30 Pfg. für den Besuch unserer Mitgliederversammlung etwas zuviel.

Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Melcher fand die interessant verlaufene Versammlung gegen 11 Uhr ihr Ende.

Lambrecht. Den Mitgliedern zur gefl. Nachricht, daß vom 1. Juli ab Krankengeld, Arbeitslohnunterstützung usw. Samstags abends von 7—8 Uhr von dem Kassier, Kollege Karl Detscher, Ober Marktstraße 55, ausbezahlt wird. Die Mitglieder werden gebeten, diese Zeit genau einzubalten, es ist dies im Interesse des Kassierers sowie der Kollegen selbst gelegen.

Döhrup. Die Versammlungen sollen Aufklärung und Belehrung bringen, welche für alle vonnöten ist. Die Kollegen und Kolleginnen schädigen sich also selbst, wenn sie der Versammlung fernbleiben. Daß diese Einsicht noch nicht allen Kollegen geworden ist, bewies der mangelhafte Besuch unserer Versammlung vom 28. Mai. In der Versammlung konnten wir dem Kassierbericht, den der Kassier erstattete, entnehmen, daß unsere Ortsgruppe im I. Quartal eine Einnahme von 1816,10 Mk. und eine Ausgabe von 397,60 Mk. hatte. Von letzteren sind 125,20 Mk. an Unterstützung ausbezahlt worden. Kollege Berez-Gronau hielt hierauf einen Vortrag über die Ausperrung im Münsterlande und ermahnte zum treuen Festhalten an der Organisation und zur Opferwilligkeit.

Am 11. Juni fand erneut eine Versammlung statt, welche einen besseren Besuch aufzuweisen hatte. Hielt doch in dieser Versammlung Kollege Sparenberg, der aus dem hiesigen Wirkungsbereich als Bezirksleiter nach Forst i. Lausitz verweist ist, seine Abschiedsrede. Er kam in seinen Ausführungen auf die große Bedeutung der christlichen Gewerkschaften zu sprechen und bat alle, stets treu und fest zu halten zur Fahne der christlichen Gewerkschaften. Dem Kollegen Sparenberg sei auch noch an dieser Stelle gedankt für all die Mühe, welche er sich um unsere Ortsgruppe gemacht hat; wir wünschen ihm viel Glück in seinem neuen Wirkungsbereich.

Rheindt. Ein Extrabeitrag. Unsere Ortsgruppe beschloß in einer Versammlung am 18. Juni einen Extrabeitrag von 10 Pfennig pro Monat und Mitglied zu erheben. (Bravo! Welche Ortsgruppe folgt? D. R.)

Soziale Rundschau.

Die Christlich-Sozialen der Schweiz haben nun eine Zentralfstelle für Arbeitsnachweis in St. Gallen, Bankgasse 4 eröffnet. Unentgeltliche Vermittlung für Arbeiter aller Branchen.

Arbeitstuchende Kollegen sind gebeten, an Stelle des zu bekämpfenden Umhängens sich direkt schriftlich oder mündlich an obengenannten Zentralarbeitsnachweis zu wenden. Bei schriftlicher Auskunft wird Rückporto verlangt, auch ausländische Postwertzeichen werden angenommen.

Briefe und Karten nach der Schweiz doppelt frankieren, ausgenommen Grenzrayon. Es sei obige Institution allen christlich gesinnten reisenden Kollegen bestens empfohlen.

Versammlungskalender.

Bocholt. 2. Juli, 10 Uhr, im Arbeitervereinshause, Abrechnung der Vertrauensmänner.
Sargwaldniel. 2. Juli, nach dem Hochamte, bei Jakob Mäjer, außerordentliche Generalversammlung.
Gera (Reuß). 1. Juli, 1/29 Uhr, im Lokale „Kronprinz“ Hofplatz.

M.-Gladbach-Blumenberg. 9. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Wilh. Melch.
Sardt. 9. Juli, 9 1/2 Uhr, bei Konrad Zerresen. Generalversammlung.
Sochneukirch. 2. Juli, 6 Uhr, bei Bernhard Janzen-Holz.
Kolbernsdorf. 9. Juli, 8 Uhr, bei Auerbräu, allgemeine Versammlung.
Murg (Baden). 2. Juli, 1 Uhr, im Lokale „Saalbau zum Murgtal“, Stiftungsfest.
Döhrup. 2. Juli, 5 Uhr, bei Albersmann, in der Steinühle, große öffentliche Versammlung.
Windsberg. 1. Juli, 1/29 Uhr, bei Wilh. Baues.

Zur Beachtung!

IX. Verbandsbezirk Brandenburg-Sachsen-Thüringen.
 Das Lokalfsekretariat für Forst sowie das Bezirkssekretariat befindet sich Forst (Lausitz), Am Gang 81, Wilhelm Fabender, Geschäftsführer.
 Hermann Sparenberg, Bezirksleiter.

Die Geschäftsstelle der Ortsgruppe Bocholt i. W.

befindet sich jetzt Navardistrasse 38 II. — Vom 1. Juli an erfolgt daselbst auch die Auszahlung der Krankenunterstützung und zwar Samstags von 10—1 Uhr.
 J. A.: Aug. Hecke, Lokalbeamter, Bocholt i. W.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
 Peter Christmann in M.-Gladbach.
 Klara Herrmann in Sorau.
 Anton Brüning in Coesfeld.
 Therese Feldgiesel in Erstein.
 Helene Tümmers in Wickrath.
 Franz Gielen in Hinsbeck.
 Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Aufgepaßt, Jüngens! Der Wolf kommt! Diesen Titel trägt die Nummer 12 der vom Generalsekretariate der katholischen Jünglingsvereinigungen Deutschlands zu Düsseldorf (im Verlage von Buhon u. Bercker in Kebe-laer) herausgegebenen „Bunten Hefte für die männliche Jugend“ (Stück 10 Pfg., 100 Stück 8,50 Mk.)

Es kommt gerade zur rechten Zeit, um unsere schulentlassene männliche Jugend vor dem verheerenden Einfluß und dem gefährlichen Werben der Sozialdemokratie zu warnen und sie von deren staats- und religionsfeindlichen Jugendvereinigungen fernzuhalten.

Wenngleich die katholischen Jugendvereinigungen in erster Linie der positiv friedlichen Bildungs- und Erziehungsarbeit gewidmet sind, durch die der Knabe und Jüngling zu einem religiösen und sittlich gefestigten, berufstüchtigen und vaterlandstreuen Manne gebildet wird und sie deshalb auch unabhängig von jeder antichristlichen Tendenz ihr Recht behaupten, wie sie auch längst vor Bestehen irgendwelcher antichristlicher Jugendorganisationen segensvoll wirkten, so wird ihnen doch heute neben der Friedensarbeit der Kampf immer mehr zur Pflicht gemacht, insbesondere die Bekämpfung des sozialdemokratischen Jugendfanges.

Da unternimmt es denn vorliegendes Heftchen, in einer, jeden Jungen entsprechenden, humorvollen Weise, den roten „Jugendfreund“ als einen echten verkleideten Wolf nachzuweisen. In gelungener Anlehnung an das Rotkäppchen-Märchen (Großmutter, was hast du ein großes Maul, Großmutter, was hast du für ein häßliches Gesicht, für lange Ohren, eine rauhe Stimme, für biffige Zähne, eine gelehrte Brille) weist der Verfasser die Sozialdemokratie als den gefährlichsten Feind der Religion, des Vaterlandes und auch der Arbeiterschaft nach, deren Forderungen für die Arbeiter zwar ungemessen, deren Leistungen aber auch eben so gering seien.

Wir können das Schriftchen deshalb zur Verbreitung an die katholische schulentlassene männliche Jugend nur warm empfehlen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1910. — Die neue Reichsversicherungsordnung. — Zweiter deutscher Wohnungsfongress. — Zur Fortbildungsschulpflicht der gewerblichen Arbeiterinnen. — Aus der Arbeiterbewegung: Die Pflicht zur Wahrheit. — Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. — Die Gebildeten und die christlichen Gewerkschaften. — Der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen. — Die materiellen Erfolge der christlichen Gewerkschaftsarbeit im Jahre 1910. — Die Arbeitgeberorganisation in der deutschen Textilindustrie. — Als außerordentlich kleinlich. — Ein neuer „wissenschaftlicher“ Kritiker der christlichen Gewerkschaften. — Ganz dieselben — ganz dasselbe. — Dem „neutralen“ Buchdruckerverbande. — Rundgebungen für die Versicherungsordnung. — „Zum Teufel mit den Tarifverträgen.“ — Erziehungsfrüchte im Buchdruckerverband. — Aus unserer Industrie: Die Organisation der Textilindustrie. — Selbstedernerte. — Bemerkenswerte Streikungen in der österreichischen Textilindustrie. — Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Berichterstattung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Im Münsterlande. — Sachsen-Thüringen. — Aus unseren Bezirken: Bezirk Baden. — Bezirk Bamberg. — Berichte aus den Ortsgruppen: Mersberg. — M.-Gladbach-Sürrip. — Glauchau. — Hof a. Saale. — Lambrecht. — Döhrup. — Rheindt. — Soziale Rundschau: Die Christlich-Sozialen der Schweiz. — Versammlungskalender. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Literarisches.